

Ercheint täglich außer Montag. Abonnements-Preis für Berlin: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,30 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark pro Monat. Eingetragene in der Post-Regulierungs-Vereinbarung für 1891 unter Nr. 4609.

Infections-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Postzeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3 bis 7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt 6, Nr. 1106.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 25. Februar 1891.

Expedition: Benth-Strasse 3.

Das russische Finanz-Paradies.

Wie scheinen sie ferne hinter uns zu liegen die Zeiten, wo eure boshaften Karrikaturenzeichner das Russland des Zaren als einen Doppeladler darstellten, dessen einer Kopf Gold hinunterschlang, während der andere Papiergeld ausspuckte: „Schönes Thier — frisst Gold — bricht Papier!“ Heute leben wir ja im wahren Paradies! Ein neuer Midas — Herr Wjshnegradsky — scheint alles, was er berührt, in Gold verwandelt zu haben. Unser Budget schließt mit einem Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben ab und die bürgerliche Presse hat unserem Finanzminister vor kurzer Zeit den Titel des „größten europäischen Börsenspekulanten“ zuerkannt. Wir sozialistischen Umstürzler allein bleiben hart und kalt bis ins Herz hinein und betrachten die paradiesischen Verhältnisse mit zweifelnden Blicken.

Wir wollen uns hier etwas eingehender mit dem Budget für das Finanzjahr 1891 beschäftigen, welches in diesem Augenblick die Bewunderer Herrn Wjshnegradsky's in Verzückung versetzt.

Die ordentlichen Einnahmen beziffern sich auf 900 757 570 Rubel, die ordentlichen Ausgaben auf 898 889 021 Rubel; der Ueberschuß beträgt also 1 868 549, d. h. schon weit weniger als die großen Ueberschüsse der Jahre 1888 und 1889. Und es ist sehr bezeichnend, daß Herr Wjshnegradsky in der Annahme, daß der Gott der Gläubigen wenigstens etwaige bescheidene Erwartungen verwirklichen werde, mit etwas schwermüthiger Miene dem Monarchen für dieses Jahr den Rath giebt, nicht zu sicher auf „ein günstiges Zusammenreffen atmosphärischer Vorgänge“ (!) zu rechnen!

Was das außerordentliche Budget betrifft, so erreichen die Einnahmen keine 13 750 139 Rubel, in dem die Ausgaben auf 63 413 500 Rubel belaufen. Auf gut Deutsch bedeutet das ein Loch im Budget — und 49 668 361 Rubel sind gerade kein kleines Defizit. In dem der geschickte Finanzminister ruft jetzt die 1 868 549 Rubel Ueberschuß vom ordentlichen Budget zu Hilfe und zur Deckung des Uebrigen erhebt er im Voraus aus dem verfügbaren Baarbestand des Fiskus 47 797 812 Rubel. Mit Hilfe dieser sinnreichen Operation gelingt es, das Gesamtbudget mit 962 302 521 Rubel Ausgaben und Einnahmen abzuschließen, und der Beweis ist geliefert, daß, wenn $2 \times 2 = 4$ ist, $4 - 2 = 2$ sein muß!

Aber wir, die sehr genau wissen, daß das Budget, was man auch immer für Rubriken sehen möge, direkt oder indirekt doch von der Arbeit bezahlt wird, wir sind

begierig zu erfahren, woher dieser verfügbare Baarbestand des Fiskus herrührt? Die russische und die ausländische Presse, die mit aus der Krippe des Herrn Wjshnegradsky frist, weisen selbstgefällig auf die 640 Millionen Mark, die der Fiskus und die Bank von Rußland gegenwärtig im Auslande hätten; sie will uns glauben machen, dieses hübsche Sämmchen käme theils von den in Gold gezahlten Zöllen, theils aus dem Verkauf (!) von Papierrubeln. Nein, meine Herren von der Börse und von der Feder! Warum läugnet ihr denn, welche Dienste euch die berühmten Konventionen von 1888 bis 1890, die besonders auf dem Pariser Markt ausgeführt wurden, geleistet haben? Habt ihr denn schon vergessen, wie die russische Regierung, indem sie ihre Titel von 5 pCt. auf 4 pCt. herabsetzte, jedes Mal ein neues Darlehn erhob von einem höheren Betrage, als zur Konvertirung der alten Schuld nöthig gewesen wäre? Und das russische Volk soll in einundachtzig Jahren die neuen Staatsanleihen bezahlen, die in die Form von Konvertirungen verumumt sind. Und wovon hängt am Ende ein günstiger Ablauf ab? Wovon sonst als von der politischen Lage Europas! Und da ja der größte Theil dieser Anleihen in Paris untergebracht ist, so erzählt uns doch ein wenig — nicht von der „Weisheit des Ministers“ noch von der „friedlichen Politik des Zaren“ — sondern von Frankreich, dessen öffentliche Meinung seit einiger Zeit von der chauvinistischen und revanchedürstenden Presse in die Irre geleitet und bei dieser Gelegenheit von den Rothschilds und anderen Börsenfreibern systematisch bearbeitet wird.

Nun wollen wir uns den Voranschlag des ordentlichen Budgets für 1891 etwas näher betrachten. Das Wachstum der Einnahmen unter dem neuen Minister stammt ausschließlich einerseits von den zwei vorzüglichen Erntejahren (1887 und 1888), deren Einfluß bis zum Jahre 1890 andauerte, andererseits von der Auflage neuer und der Erhöhung der alten Steuern. Das sind also die Elemente, die eine fortwährende, immer günstigere Gestaltung des Budgets bewirken werden?

Wie steht es mit der ländlichen Produktion, von welcher der Stand des Budgets in Rußland in so hohem Maße abhängt: Der Ackerbau ist in Rußland noch so primitiv, daß unter 10 aufeinander folgenden Ernten gemäß der offiziellen Statistik kaum 3 wahrhaft gute sind; so gab es 1884 auf 83 pCt. des bebauten Landes eine gute Getreide-Ernte, 1885 nur auf 20 pCt., 1886 auf 19 pCt. und 1887 auf 67 pCt. der bebauten Fläche; so kommt es, daß die Ausfuhr von Feldfrüchten im Jahre 1888 8 216 000 Tonnen erreichte, um 1890 auf 6 248 000 zu sinken.

„Du führst sie mit sorgsamem Händen,
„Bis Dein friedliches Dasein mag enden.“

In frühen Morgenstunden trieb sie sich im Wald herum und pflückte Anemonen und wand Blumensträuße und sprach mit den Vögeln, welche Nester bauten, und lauschte fernem Kukukruf. Sie verstand alles, was im erwachenden Forste gewirrt und geschnattert ward; wenigstens überlegte sie sich's. „Bist Du's, bist Du's, bist Du's?“ fragte das Drosselmännchen vergnügt, wenn er seine Freundin dort in einem Busche trilliren hörte. „Komm her! komm her! — Küsse Dich! küsse Dich! küsse Dich!“ — „Ti — ti!“ neckte die Kleine zur Antwort, „willst Du es? willst Du es? willst Du es?“ — Und es gab Lachen und Lärmen und allerlei närrischen Scherz zwischen beiden; aber sie einigten sich wohl; denn es war natürlich nicht sehr lustig, hier drinnen in der tiefsten Stille zu leben, wenn man nicht jemanden zum Schnabeln hatte.

Die immer höher steigende Sonne wurde stets feuriger; alle Knospen sprangen, alle Blumen dufteten. Fanny lebte ihre Kindheit noch einmal durch. Alles fand sie hier beisammen, die grünen Wiesen, den blau blinkenden Fjord, die Berglehnen mit dem dünnen Nadelwald... nur der kleine Fjell war weg; Gott weiß, wo der sich herumtrieb. Und das war die gleiche lebensfrohe Sonne, und der gleiche starke, süße, heiße Duft, welcher die Atmosphäre mit Veranschung erfüllte; und die Blumen nickten und neigten und wiegten ihre Blütenbecher in glühenden Licht und baten, daß sie jemand pflücken möge... Fanny pflückte sie. Man konnte nicht widerstehen. Sie lockten und verführten in allen Farben, als freundlich blaue Kinderaugen; als zartes, aufrichtiges Weiß; als glänzendes, vergnügtes Dottergelb... Und sie erzählte ihnen, daß sie auf seinem Tische blühen

Und was die neu aufgelegten oder erhöhten Steuern anbelangt, so versteht es sich von selbst, daß Herr Wjshnegradsky stets indirekte wählt, die den Konsumenten, d. h. in hervorragendster Weise die arbeitenden Klassen belasten. So fordert er fürs Jahr 1891 vom Volke 259 Mill. Rubel von den Getränke- und Tabaksteuern, 110 Mill. als Zolleinnahmen, 28 aus der Besteuerung des Tabaks, 20 aus der des Zuckers, 9 1/2 aus der des Petroleums, 4 1/2 aus der der Streichhölzer u. s. w. In dem scheint es, als ob diese Steuern und Zöllen schon bis zu ihrem Maximum hinaufgeschraubt wären und als ob das Volk jetzt lieber seinen Verbrauch beschränken, als sich von dem Fiskus scheeren und schinden lassen will: die Einnahmen aus den Getränke- und Tabaksteuern sind von 1889—90 um 4 1/2 Mill. Rubel zurückgegangen, die aus dem Tabak um 1 400 000 Rubel zc. Im Ganzen hat sich während der letzten 30 Jahre der Konsum an Getränken in Rußland um 1/2 (ein Siebentel!) auf den Kopf verringert, und das Budget hat seine Vermehrung in dieser Rubrik einzig dem Wachstum der Bevölkerungsziffer zu verdanken. Die Zollgerechtheiten auf die Metalle, die Maschinen, die Fabrikzeugnisse, die zum Schutze der „nationalen“ Großindustrie geschaffen war, hat einen nicht minder betrübenden Einfluß. Von 1873 bis 1887 ist der Eisenverbrauch von 459 200 Tonnen auf 410 000 Tonnen gefallen, der Stahlverbrauch von 238 000 auf 232 000 u. s. w. Und seit 1887, genau der Zeit, da Herr Wjshnegradsky ins Ministerium einzog, haben die Schutztarife eine ganz besondere Schnelligkeit in ihrer Bewegung nach oben gezeigt. Es ist wahrlich ein unglückseliges Verhängniß für das Volk! Die nationale Industrie blieb taub für all die patriotischen Ermahnungen des Ministers und als die ausgezeichnete Ernte von 1888 einen Mehrbedarf von 800 Dampf-Dreschmaschinen erforderte, wurde ein Zehntel — kaum ein Zehntel! — dieser Maschinen von der russischen Industrie geliefert und der ganze Rest — Dank den ungeheuren Maschinenzöllen — zu fabelhaften Preisen aus England importirt!

Wenn man die russischen Finanzverhältnisse genau studirt, gelangt man zu dem Schlusse, daß die Regierung das von einem bismärkischen Skribisag geträumte Ideal zu verwirklichen gewußt hat: „Den armen Bürger im reichen Staate!“ Es geht unwiderleglich aus den Statistiken der Semstov's und der Regierung hervor, daß eine russische Bauernfamilie — und Bauern sind es, die bei uns die Masse der Steuern bezahlen — im Allgemeinen nicht mehr als 300 bis 350 Mark Brutto-Einkommen im Jahre hat und daß an Staats-, Semstov-, Gemeindesteuern von dieser lächerlich kleinen Summe nicht weniger als 70 Mark abgehen! Was

solten, und daß seine guten braunen Augen sie anschauen und bewundern sollten, und da würden sie Sommer und Sonnenschein wohl niemals vermissen. Auf dem Acker und auf dem Wegraine wandelten Schafe und krasen Gras; sie hatten winzig kleine, herzige Lämmchen, welche sie säugten; und wenn dieselben getrunken hatten, hüpfen und sprangen sie; dann kamen sie aber von ihren Mamas fort, und da weinten sie, genau wie kleine Kinder... Fanny kriegte Thränen in die Augen; ach, wie schön die Welt doch war! Und da gingen wir unser Bebelang herum, ohne es zu merken.

— Sie war so glücklich, daß sie theilen mußte; sie nahm die und da Mama auf ihre Kusstage mit. Und Mama war dankbar. Sie packte die Provianttasche und wurde lebhaft und lebenswürdig wie in alten Tagen. Oben auf der Gressen-Galbe war ein kleiner Tisch; da lagerten sie sich gern und kochten Kaffee. Und Mama plauderte, erzählte und lachte. Viel war es nicht, was sie von ihrem Leben behalten hatte, die arme Frau. Ein paar dürftige Anekdoten, das war so ziemlich alles. „Ha—ha—ha; nein, damals, Du, als Alt-Rari und ich eine Tour nach dem Wasserfall machten und nichts weiter mitzunehmen hatten, als einen Zeller kalter Grähe... und diese war so steif, daß ich den Löffel brin abtrach, ha, ha, ha! mitten ab!“ — „Bitte“, sagte Fanny, wenn sie die Mutter aufheitern wollte, magst Du nicht ein Stückchen französisch Brot mit Butter und Käse?“ — Mama lachte aus Dergensgrund —: „jo, dieser Marx, der Buchbinder. Gaba; nach Schweden reisen und mit reinen Papieren wieder kommen... wollen Sie mich da haben? ha, ha, ha! — Jo, jo, das war ein Rarr!“ — Fanny hatte nicht halb so lang gelebt wie Mama; aber sie fühlte sich im Verhältniß zu ihr wirklich

Feuilleton.

Nachdruck verboten.)

(47)

Bei Mama.

Roman von Arne Garborg.

O, wie das lächerlich war, diese ihre alte Jagd nach „etwas, wofür man leben möchte“. Es gab nicht mehr als ein Ding, wofür man leben mochte, und das konnte man nicht erjagen.

„Martha, Martha, Du sorgst Dich um viele Dinge; doch ein ist mir hon Nötchen“. . . . Es schien ihr, als käme nun doch Sinn und Zweck in ihr Dasein. Wäre es ihr nicht so und so ergangen, so hätte sie vielleicht das gar nicht erlebt. Doch hätte ja auch das und das geschehen können; und dies und dies hätte gerade nicht zu geschehen gebraucht; aber was thats; nun war sie jedenfalls zufrieden.

Sie wurde vollkommen närrisch. Sogar Verse schrieb sie; diesmal von glücklicher Liebe und sie ertappte sich dabei, wie sie da sah und über Bildern aus dem häuslichen Leben weinte —:

- „Alles irdische Glück und Heil
„Wird als Frau und Mutter Dein Theil;
„Du sehnst Dich nicht fort,
„Du weinst keinen Ort,
„So Du rascher könntest erwarmen,
„Als in der Feigen Armen. . . .
„Dich jaget nicht rastlos Verlangen,
„Dich quälet kein unruhig Bangen;
„Der kleinen Schaar
„Genügt Dir fürwahr;

Wunder, daß unsere ackerbauende Bevölkerung übermenschliche Anstrengungen machen muß, um leben und dabei noch Steuern zahlen zu können! Mehr als 12 pCt. der Ländereien, die von Bauern mit Hilfe der berühmten Bauernbank erworben wurden, mußten den „Käufern“ tatsächlich wieder genommen werden, da die geliebten Summen nicht zurückgezahlt werden konnten. An 5 Mill. Bauern irren Jahr für Jahr im europäischen Rußland umher und suchen fern von ihren Familien einen ergänzenden Broterwerb. Hunderttausende wandern aus nach Sibirien (die offizielle, viel zu niedrige Ziffer für 1890 war 30 000), nach Turkestan, den kaukasischen Ländern, und das alles trotz der drakonischen Maßnahmen der Regierung gegen jeden „unvernünftigen“ Wechsel des Aufenthaltsortes. Gerade im vergangenen Herbst wurde die ländliche Bevölkerung von Polen und Lithauen in eine tiefe Erregung versetzt durch die allerabsurdesten Berichte über das paradiesische Leben in Brasilien, und es bedurfte der schießenden Klinten und der züchtigen Gerten, um eine große Bauern-Auswanderung aus den westlichen Provinzen nach Amerika zu verhindern. Dieser unwiderstehliche Zug der Auswanderung bei dem russischen Bauer, der doch offenbar die Worte Amerika und Brasilien zum ersten Male hört, zeugt für eine tiefe soziale Misere, der das Volk sich erst entziehen wird, wenn es die Mauern seines politischen und wirtschaftlichen Gefängnisses niedergeworfen hat.

Wir haben gesehen, wie der russische Staat das Geld aus den Steuerzahlern herauspreßt. Es dürfte interessant sein, zu wissen, wie er es ausgiebt. Indeß soll das für ein anderes Mal, wo ich von dem „politischen Paradies“ sprechen will, aufgehoben sein.

Iwan Sfergejewsky.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. Februar.

In der heutigen Sitzung des Reichstags wurde § 116 (welcher die Wichtigkeit von Lohnzahlungen ausdrückt, die im Widerspruch mit dem Trud-Paragrafen erfolgt sind) nach einer kurzen Debatte angenommen. Ein desto lebhafter Kampf entbrannte um den § 117, welcher in der Kommissionsfassung also lautet:

Verträge, welche dem § 115 zuwiderlaufen, sind nichtig. Dasselbe gilt von Verabredungen zwischen den Gewerbetreibenden und den von ihnen beschäftigten Arbeitern über die Entnahme der Bedürfnisse der letzteren aus gewissen Verkaufsstellen, sowie überhaupt über die Verwendung des Verdienstes derselben zu einem andern Zweck als zur Verrichtung von Einrichtungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter oder ihrer Familien.

Zu diesem Paragraphen hatten die Sozialdemokraten nachstehenden Antrag gestellt:

Im Absatz 2 die Worte „sowie überhaupt“ und folgende zu streichen und dafür folgenden Zusatz anzunehmen: „Zur Leistung von Beiträgen für die Verrichtung von Einrichtungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter oder ihrer Familien dürfen die Arbeiter nicht angehalten werden.“

Abgeordneter **Webel** verteidigte den sozialdemokratischen Antrag und charakterisierte in gebührender Weise die sogenannten „Wohlfahrts-Einrichtungen“ (Fabrikparkassen, Fabrikwohnungen u. s. w.), welche von Unternehmern mit dem Gelde der Arbeiter geschaffen und unterhalten werden. Bei dieser Gelegenheit kam er auch auf die Zustände in den königlichen Bergwerken des Saargebietes, ein Vertreter der Regierung, Herr **Königs**, ging auf die von **Webel** gebrachten Thatsachen nicht ein, meinte aber, man solle das Kind nicht mit dem Bade ausschütten.

Es war nun merkwürdig, mit welcher Einmütigkeit die Vertreter des Unternehmertums für die den Arbeitern zu leistenden „Wohlfahrten“ sich ins Zeug legten. Das alte Sprichwort: „Wohlfahrten drängt man nicht auf“ wurde hier zu Schanden gemacht. Die Herren Kapitalisten sind den Arbeitern gegenüber von einem solchen Fanatismus des Wohlthuns erfüllt, daß sie dieselben durchaus zur Annahme der „Wohlfahrten“ nöthigen wollen —

reich; — es war doch etwas werth, ein bißchen Bildung zu haben.

Aber vielleicht gab es mancherlei, was Mama verbar; sie sprach so merkwürdig wenig von Onkel Solum. Und es war und blieb etwas Mythisches an der Sache. Wenn Frau **Mühlberg** ein seltsames Mal zur Stadt kam, redete sie meist häßlich viel von einem kleinen Mädchen, das sie aufzuehnen; **Alt-Hori** sei der Storch gewesen, sagte Frau **Mühlberg** und lachte; und Mama konnte mit dem besten Willen nicht verhehlen, daß sie gern von dem Mädchen hörte; wäre doch merkwürdig, wenn dies Mädchen eigentlich zur Familie gehörte. Arme Mama, was mußte sie aus diesem Anlaß gelitten haben! — Aber natürlich konnte sie sich allen eher, als den eigenen Töchtern anvertrauen.

— Und dann waren diese gebenedeiten Abende, an denen Fanny die schöne Welt gemeinsam mit ihrem Freunde **Gabriel** ansehen konnte.

Er war müde. „Acht vor dem Amtsgeschwäh und der Staatsdummheit.“ Waren sie weit genug aus der Stadt, nahm er ihren Arm, schloß tief Athem und sprach: „So! Nun existirt all das für mich nicht mehr!“ Und er athmete noch einmal: „ah! das ist doch etwas anderes!“ — Ihr wurde warm vor Glück; also fühlte er sich nun wohl und fand nicht, daß sie auf ihn störend wirkte.

Es war eine eigene Empfindung das; — sie war nicht eigentlich „verliebt“; sie wollte ihn nicht „haben“; es war nichts anderes, als daß sie endlich einen Menschen gefunden, den sie vollkommen verstand. Mehr bedurfte es nicht. Uebermann hatte die Wahrheit gesagt: — Das einzige Unglück im Leben war das Gefühl der Einsamkeit; und nun fühlte sie sich nicht länger einsam.

Er veranlaßte sie gern, von ihrem Leben zu erzählen, und obwohl es selbstverständlich nur allgemeine Höflichkeit von ihm war, freute es sie doch unendlich, und sie erzählte. Leider war da nichts zu erzählen, wenigstens nichts Interessantes; aber vielleicht unterhielt es ihn, die Geschichte ihrer Eltern zu hören, und so erzählte sie diese. Er hörte sie gebuldig an, sagte aber, dies sei höchst gewöhnlich. „Vergleichen passiert jeden Tag“, meinte er; „das einzig

eine Art der „Nöthigung“ (wirtschaftlich = Nothzucht) die leider im Strafgesetzbuch noch nicht vorgesehen ist. Nun — je größer der Eifer, die „Wohlfahrten“ aufzubringen, desto verdächtiger sind die „Wohlfahrter“, desto berechtigter das Mißtrauen gegen „Wohlfahrten“ und „Wohlfahrter“. Die Trojaner hatten es einst bitter zu bereuen, als sie, dem Rathe **Laokoön**s zuwider, von den Griechen die bekante „Wohlfahrt“ annahmen, an der sie zu Grunde gingen. Natürlich war „König **Stumm**“ auch unter den Wohlfahrts-Wüthigsten König.

Auffallen mußte der scharfe, fast heftige Ton, mit dem der Handelsminister von **Berlepich** auf **Webel**'s Bemerkungen über die königlichen Werke im Saargebiet antwortete. Es mochte da Mancher an das alte Wort denken: „Du wirst heftig — Du hast Unrecht.“ Es muß Vieles faul sein in dem angeblichen Arbeiterparadies an der Saar, das einst **Napoleon** dem Kleinen so gut gefiel, daß er mit dem Fürsten — damals noch Herrn von **Bismarck** über die Abtretung an Frankreich unterhandelte. — Und **Webel** wies dem Herrn Minister aus dessen eigener Rede, sowie aus den Ausführungen des „Königs **Stumm**“ nach, daß die „Wohlfahrts-Einrichtungen“ zur Knechtung der Arbeiter, zur Maßregelung von Sozialdemokraten u. s. w. ausgenutzt werden. Gegen Wohlfahrts-Einrichtungen, bis von den Fabrikanten mit ihrem, der Fabrikanten, eigenen Gelde gerundet würden, habe Niemand etwas einzuwenden; aber man wolle nicht, daß die Fabrikanten den Arbeitern auf deren Kosten „Wohlfahrten“ erweisen.

§ 117 wurde hierauf mit der üblichen Kartellmehrheit in der Fassung der Kommission angenommen. Ebenso ohne Debatte §§ 118 und 119 — also lautend:

§ 118.

Forderungen für Waaren, welche dem § 115 zuwider kreditirt worden sind, können von dem Gläubiger weder eingeklagt, noch durch Anrechnung oder sonst geltend gemacht werden, ohne Unterschied, ob sie zwischen den Beteiligten unmittelbar entstanden oder mittelbar erworben sind. Dagegen sollen dergleichen Forderungen der im § 116 bezeichneten Klasse zu.

§ 119.

Den Gewerbetreibenden im Sinne der §§ 115 bis 118 sind gleich zu achten deren Familienglieder, Gehilfen, Beauftragte, Geschäftsführer, Kasseher und Faktoren, sowie andere Gewerbetreibende, bei deren Geschäft eine der hier erwähnten Personen unmittelbar oder mittelbar betheilt ist.

Der seitherige Abs. 2 des § 119 folgt als § 119b.

Zu einer lebhaften Debatte gab dann wieder § 119 a Anlaß, den die Kommission wie folgt formulirt hat:

§ 119 a.

Lohninbehaltungen, welche von Gewerbe-Unternehmern zur Sicherung des Erfolges eines ihnen aus der widerrechtlichen Auflösung des Arbeitsverhältnisses erwachsenden Schadens ausbedungen werden, dürfen bei den einzelnen Lohnzahlungen ein Viertel des fälligen Lohnes, im Gesamtbetrage den Betrag eines durchschnittlichen Wochenlohnes nicht übersteigen.

Durch statutarische Bestimmung einer Gemeinde oder eines weiteren Kommunalverbandes (§ 142) kann für alle Gewerbebetriebe oder gewisse Arten derselben festgesetzt werden:

1. das Lohn- und Abschlagszahlungen in festen Fristen erfolgen müssen, welche nicht länger als einen Monat und nicht länger als eine Woche sein dürfen;
2. daß der von minderjährigen Arbeitern verbiente Lohn an die Eltern oder Vormünder nur mit deren schriftlicher Zustimmung oder nach deren Befehluntzung über den Empfang der letzten Lohnzahlung unmittelbar an die Minderjährigen gezahlt wird;
3. daß die Gewerbetreibenden den Eltern oder Vormündern innerhalb gewisser Fristen Mitteilung von den an minderjährige Arbeiter gezahlten Lohnbeträgen zu machen haben.

Die Sozialdemokraten hatten einfache Streichung des ganzen Paragraphen beantragt. Nach einer Rede des Volksparteilers **Payer**, der die juristische Monstrosität dieses Paragraphen nachwies, führte der Sozialdemokrat **Mollenhuth** des Längeren aus, wie ungerecht und provokatorisch die Bestimmungen dieses Paragraphen seien. Hier sei schon der Wochensatz der Bestimmungen gegen den Kontraktbruch sichtbar. Dieser Paragraph genüge, das ganze Gesetz unannehmbar zu machen. Die gesetzliche Einbehaltung eines Theils des Lohnes sei „gesetzlich erlaubter Betrug“. Werde der Paragraph Gesetz, so könnten die Unternehmer von den 6-6 Millionen Arbeitern stets 60-60 Millionen Mark als Zwangsanleihe

Merkwürdige an der Geschichte sind eigentlich Sie selbst.“ — „Ich? Wie?“ — „Nach allen möglichen Theorien hätten Sie nämlich dem Teufel in die Klauen fallen sollen! Schlechte Erbschaft, schlechte Erziehung, beides... wie zum Henker, geht es zu, daß Sie... nach allem, was ich merken kann... ein braves Mädchen geworden sind?“ — Sie schüttelte sich durch diese Anerkennung belohnt für den Kampf ihres ganzen Lebens. Kaum daß sie zu antworten vermochte: — „ich weiß es wirklich nicht recht!“ — „Sind Sie religiös gewesen?“ — „Ja, auch.“ — „Vielleicht hat das Ihnen geholfen?“ — „Ah... zum Theil vielleicht, ohhohn... Es hat die ganze Zeit mir vorgegeschwebt, daß ich die Achtung vor mir selbst nicht verlieren wolle; das ist eigentlich, glaube ich.“ — „Und dann waren Sie hier und da verliebt?“ — „Nein. Oder doch, in Ihren Freund **Was** wohl... eingermahnen; aber seither nicht.“ — „Was? Sind Sie alle diese Jahre herumgegangen und —; nein, das ist unmöglich, verstehen Sie. Das wäre allzu sehr gegen alle Erfahrung.“ — „Ja, aber es ist so.“ — „Keiner, für den Sie sich speziell interessiert haben? Keiner, von dem Sie phantasierten?“ — „Nein. Ich glaube, ich hatte zu viel Anderes zu denken. Ah, das war ein trauriges Dasein. Ich vermag gar nicht daran zu denken; es ist allzu schrecklich.“ — „Haben Sie etwas, woran Sie ungern wollen erinnert sein?“ fragte er scherzend. — „Nein, nicht Spezielles; aber das Ganze, das Ganze... Nur **Ussim**, nur **Veere**; von dem Einen zum Anderen, in wilder Jagd; das Eine nur ärger und blöder als das Andere... ah, ich's nicht merkwürdig, daß ein Mensch es so aushält?“ — „Ach, der Mensch hält alles aus!“ — Er ging eine Weile; dann sagte er, wie für sich: — „Nicht verliebt?“ — „Das wäre dem Teufel!“ — Sie sind vielleicht nicht eigentlich erotisch veranlagt?“ fügte er in einem schonenden Ton bei. — „Vielleicht“, murmelte sie.

— „Nein, wenn ich an das Leben zurückdenke, welches ich geführt habe“, sagte Fanny fort, und daran denke, daß dies vermutlich ungefähr ebenso weiter gehen wird, so scheint es mir, daß ich mir wohl gestatten darf, an ein Leben nach dem Tode zu glauben!“ — „Noch Belieben, Fräulein!“ — „Ja, denn sonst wäre es allzu

und als Pressionsmittel in der Tasche haben. **Redner** erzählte hierauf die Geschichte des neuesten **Hamburger Zigarrenarbeiter-Streiks**, der durch die Hab- und Herrschucht der Fabrikanten gewaltsam herbeigeführt worden sei, und bei dem auch die Zurückbehaltung der Löhne eine Rolle gespielt habe.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde in aller Hast angenommen und sofort durch einen sozialistischen Antrag auf Auszahlung des Hauses beantwortet. Um der Fatalität der Feststellung der Beschlußunfähigkeit zu entgehen, vertagte sich das Haus gegen 5 Uhr auf Antrag **Windthorst**'s. Die Herren Kartellbrüder wissen nun aber, daß jeder Versuch, die Debatte über das Knie zu brechen, einen Auszahlungsantrag zur unmittelbaren Folge haben wird. Und da der Reichstag seit Wochen notorisch beschlußunfähig ist, und es voransichtlich auch bleiben wird, so haben wir ein wirksames Mittel, den Herren Kartellbrüder parlamentarischen Anstand beizubringen. —

Nachdem uns der Spätsommer und Herbst die traurigen Kriegs-Gedenktage gebracht, treten wir jetzt mit dem kommenden Lenz in die Zeit der **Revolutions-Gedenktage**. Heute vor 42 Jahren jagte das Volk von Paris den specklöpfigen „Bürgerkönig“ **Louis Philippe** fort, der durch seinen musterstaatsmännischen Minister **Guizot** der Bourgeoisie Frankreichs das berühmte *enrichissez vous!* (bereichert Euch!) zugerufen und einen ähnlichen Raubzug gegen das französische Volk organisiert hatte, wie 30 Jahre später in Deutschland Fürst **Bismarck**, der auch auf diese Gebiete, wo er doch am Besten Bescheid wußte und das Höchste leistete, nur ein **Blagiator** war.

Das französische Volk wurde es müde, sich anzuplindern zu lassen, — die Pariser Arbeiter bauten am 22. Februar 1848 Barricaden und nach dreitägigem Straßenkampf mußte **Louis Philippe**, das Ideal der Bourgeoisie, weil der klaffendste Vertreter ihrer Habacht und gansen sittlichen Verderbtheit, Ferkengeld geben und wurde sein Thron auf dem Bastillenplatz feierlich verbrannt.

Mit **Louis Philippe** war aber nur ein Mann beiseitigt — die Bourgeoisie blieb zurück und ihr System der Ausbeutung, Knechtung und Korruption.

Die Arbeiter waren nicht im Stande, sich der politischen Gewalt zu bemächtigen, die sie dem „Bürgerkönig“ entrissen hatten — sie wurden von der Bourgeoisie mit Verprechungen und schönen Redensarten abgeseift, und als sie zur Einsicht kamen, da war es zu spät. Vergebens kämpften sie *à la révolution*, wie die gefeiertesten Helden des Alterthums in der fünfjährigen **Junischlacht** — sie erlagen der Ueberzahl: die Bourgeoisie hatte ihre Vorichtsmaßregeln zu gut getroffen. Und nachdem die tapfersten Söhne des Proletariats abgeschlachtet oder auf die trockene „**Guillotine**“ nach Cayenne und an den Sambesi geschleppt worden waren, konnte der tolle Lenz um das goldene Kalb wieder beginnen, — und toller denn zuvor. Der Rest von bürgerlicher Jugend — und von „freihethlichen Gumnasien“ wurde in den Wind geschlagen, ein verworfener Abenteuerer zum Kaiser und Diktator gemacht, der darüber zu wachen hatte, daß Millionen die in ihrem edlen Treiben nicht von den Sozialdemokraten gestört wurden — bis schließlich **Sedan** dem Herrensabbath ein Ende mit Schrecken bereite, und für Frankreich eine ähnliche Heilwirkung hatte, wie weiland **Jena** für Preußen und Deutschland.

In den Kriegen zwischen Kulturvölkern ist der Sieger meistens das Opfer seiner Siege, während der Besiegte von seinen Niederlagen Vortheil hat.

Die besiegten Franzosen waren **Napoleon** und sein Reich los — und die siegreichen Deutschen bekamen **Bismarck** und sein Reich. Das *enrichissez vous* des Bürgerkönigs und des kaiserlichen Diktators wurde von dem „eisernen Kanzler“ und Hausmeister ins Deutsche übersetzt und mit noch rückfälligerem Egoismus zum Regierungsprogramm gemacht, als es in Frankreich möglich gewesen war, wo die öffentliche Meinung sich niemals vollständig hatte korrumpiren, der „politische Nerv“ sich niemals hatte vollständig erdöben lassen. —

Heute vor 42 Jahren hielten die Franzosen Gericht über den Erfinder des *enrichissez vous!* — auf **Bismarck**'schem Deutsch der „Interessenpolitik“ — das heißt der „Politik“, die darin besteht, daß das arme und arbeitende

stumlos!“ — „Ah so, Sie wollen Sinn im Leben? Das ist wahrhaftig schön.“ — „Et, wozu lebten wir sonst?“ — „Wir leben, weil wir nicht sterben mögen!“ — „U! Ja aber... Es kommt mir doch vor, alle Menschen reden von Glück? Und so dachte ich mir, wer hier nicht glücklich würde, müßte doch eine Art von Hoffnung haben, daß...“ — „Wir reden übrigens nicht von Glück“, unterbrach er sie; „wir reden nur von dem größtmöglichen Glück, und damit meinen wir einfach die kleinste mögliche Summe von Leiden. Und wenn mir es und so einzurichten verstehen, daß zwischen Genuß und Leiden eine gewisse Verhältnismäßigkeit eintritt, so kommt doch eine Art von Sinn in unser Leben; aber das ist auch alles, was man beanspruchen darf.“ — „Und einrichten, wohl... Aber wir Frauen können es uns nicht einrichten; wir müssen das Leben nehmen, wie es uns von anderen eingerichtet wird. Erst daheim bei Mama, nachher bei dem Herrn und Meister, der uns bescheert wird... oder heißt es bescheeren...?“ — „Allein nun wolle ich ja doch selbständig werden?“ — „Glauben Sie denn wirklich, wir bringen es dazu? Glauben Sie, daß die Frau irgend welche Zukunft hat? Je mehr ich darüber nachdenke, desto minder glaube ich es; u! wir sind so thöricht und dumm und unzuverlässig...“ — „Ihr wollt, nein, Ihr wollt doch nicht?“ — „Ja!“ — „Niemand werde ich mich verheirathen — glaube ich!“ — „Ja, allfunkt so!“ Sie lachte. „Wenn ich nur wüßte, wie viele ich gekannt habe, die an dem einen Tag der Ehe feierlich abgeschrieben, und zwar mit allen möglichen guten Gründen, und die den Tag darauf sich verlobt haben... Und wenn sie einmal verheirathet sind, so kriegen sie genau dieselben Meinungen, denselben Glauben wie ihr Herr und Gemahl. Wir haben keine Ausichten. Wir haben keinen Begriff von dem, was Ihr Männer Ueberzeugung nennt; wir haben nur dieses eine kleine elende Ding — und diese hochgelobte Versorgung erlangen!“ — „Nah; es ist das nicht so gefährlich für Euch; Ihr habt das Kind. Seid Ihr noch so schlecht verheirathet, — wenn das Kind kommt, so habt Ihr das größtmögliche Glück; das Kleine erfüllt Euer Dasein mit mehr Freude als der Mann je erzählt, und stünde er auf des Glückes Thürschwelle.“ — (Fortsetzung folgt.)

Volk durch die bestehenden Klassen ausgebeutet und ausgeplündert wird. Und Bonaparte, der Nachfolger Louis Philippe's, ist schon vor 20 Jahren von der Nemesis ereilt worden.

Auch in Deutschland hat die Nemesis ihres Amtes gewaltet. Der Mann, welcher das System der Louis Philippe und Bonaparte aus dem „wilden“ Frankreich in unser frommes, christlich-germanisches Deutschland verpflanzte und es hier auf die Spitze trieb, seine Vorgänger noch überragend, ist von der politischen Bühne entfernt; aber er arbeitet noch hinter den Kulissen — wie nach dem Sturze Louis Philippe's die Träger seines Systems zurückblieben, so sind auch jetzt in Deutschland die Träger der „Interessenpolitik“ noch in ungebrochener Weise der Macht. Und kein persönlicher Nachspruch — er komme woher er wolle — wird sie daraus verdrängen — die „Zerschmetterung“ des kapitalistischen Raubritterthums kann nur einer neuen Politik gelingen, welche, auf Gerechtigkeit beruhend, der Ausbeutung und Knechtschaft in jeder Form die Existenzbedingungen nimmt. —

Eine für die **Deut- und Kampfweise** unserer Gegner bezeichnende Notiz finden wir in der „Vossischen Zeitung“. Sie stammt unzweifelhaft aus **Unternehmerrreisen** und lautet also:

„In einer Reihe von Gewerben wird für die nächste Zeit eine umfassende Lohnbewegung vorbereitet. Wir erfahren, daß in einzelnen Fällen der Versuch gemacht wird, gerade in Betrieben, in denen bisher das beste und freundschaftlichste Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer herrschte und die Lage der letzteren eine vorzügliche war, Zwietracht zu säen und die Harmonie zu stören. Die Arbeitgeber werden nicht ermangeln dürfen, auf der Hut zu sein und sich unberechtigten Forderungen gegenüber zu gemeinsamer Abwehr bereit zu halten. Die Arbeitnehmer aber können nicht ernst genug gemahnt werden, den Verführungskünsten der Wähler gegenüber Besonnenheit und Klarheit zu bewahren. Sie stehen vor der Gefahr, nicht nur jede Günstigkeit der Behörden, welche für die Hebung der Lage der minder bemittelten Klassen eintreten, zu verlieren, sie können auch bei frivol hervorgerufenen Ausfällen auf lange Zeit hinaus brotlos werden. Mögen sie, ehe ein verhängnisvoller Schritt beschlossen wird, an Frau und Kind denken; mögen sie nicht vergessen, daß ein rechtswidriger Bruch des Arbeitsvertrages an einem einzigen Punkte das Bewußtsein der gemeinsamen Interessen aller Arbeitgeber weckt und Gegenmaßnahmen heraufbeschwört, welche die betroffenen Arbeiter um so mehr bedauern könnten, als sie sie selbst verschuldet haben. Man sollte vom vorigen Jahre her wissen, wie viele Arbeitseinrichtungen nichts bewirkt haben, als die Arbeiter erst in Noth zu bringen, wo keine Noth vorhanden war.“

Also „umfassende Lohnbewegungen“ sollen vorbereitet werden und zwar in Betrieben, wo bisher das beste und freundschaftlichste Einvernehmen zwischen den Unternehmern und Arbeitern geherrscht hat. Will die Tante Voss nicht sagen, in welchen Gewerben die Arbeiter eine Lohnbewegung vorbereiten? Unseres Wissens gährt es nur unter den Kohlen-Verarbeitern gewaltig; für diese Betriebe in ihrer Gesamtheit wird aber selbst das Organ der Vossischen Erben nicht behaupten wollen, daß ein besonders freundschaftliches Verhältnis zwischen den Werklern — die Besitzer der Gruben- und Werksaktien kommen ja nicht in Betracht — und den Arbeitern besteht! — In allen übrigen Gewerben sind es aber die **Unternehmer**, die sich auf **Lohnrückstellungen** vorbereiten, oder solche bereits ausgeführt haben. Wenn unter den Arbeitern eine Bewegung im Gange ist, so richtet dieselbe sich darauf, Lohnreduzierungen und Arbeitszeitverlängerungen entgegenzuwirken. An ein aggressives Vorgehen denkt aber heute kaum Jemand. Derartige Pläne werden den Arbeitern heute nur von den Goldschreibern des Unternehmertums unterstellt, um so die Aufmerksamkeit von der Thatsache abzulenken, daß überall in Deutschland, wo zur Zeit Konflikte auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes verhandelt sind, dieselben von den Unternehmern provoziert sind. In Hamburg und Erfurt hat man die Arbeiter vor die Alternative gestellt, auf ihr Koalitionsrecht oder auf die Beschäftigung zu verzichten. In Mainz und Thalheim sind es Lohnreduzierungen, welche zum Ausstand führten. Kechnlich liegen die Dinge überall, wo Konflikte bestehen. Dies aber der Wahrheit gemäß zuzugeben, das bringt selbst die „Vossin“ nicht über's Herz, und sie öffnet lieber einer Notiz ihre Spalten, der die Verlogenheit aus jeder Zeile quillt. Das ist der „anständige“ Freisinn. —

Wie wir schon nach den ersten Meldungen vermuthet haben, bestreitet sich die Meldung von der 45 fachen **Ueberschneidung der deutschen und preussischen Anleihe** nicht. Die Reichsanleihe, welche nur die kleinere Hälfte der Gesamtanleihe ausmachte, wurde wohl 49 mal, die preussische aber nur 29 mal überzeichnet. Im Uebrigen haben wir unserem Urtheile über diese Anleihe nichts hinzuzufügen. —

Die vorläufigen **Vollzählungs-Ergebnisse** bestätigen daß fast alle städtischen Bezirke an Bevölkerung gewaltig zugenommen haben, während in den ländlichen oft ein Rückgang zu verzeichnen ist. Das Königreich Bayern beispielsweise hat eine Bevölkerungszunahme von 169 188 Menschen seit der letzten Vollzählung zu verzeichnen; dabei beträgt die Zunahme der Städte 170 024 Einwohner, die Abnahme der Landbevölkerung also 841. Aus Württemberg wird Ähnliches berichtet. Hierzu bemerkt die „Kreuzzeitung“: Die liberalen Kreolobisstränen über die angebliche Bevorzugung der Landwirtschaft werden dadurch am treffendsten als Heuschrecke gekennzeichnet. Wenn das landwirtschaftliche Gewerbe seinen Mann nähre, so würde dies allgemeine Weglaufen vom Lande in die Städte nicht vorkommen. Die Liberalen aber schließen daraus, daß es den Bauern zu gut gehe!

Diese Notiz richtet sich nicht nur gegen die Liberalen, sondern auch gegen uns. Deshalb sei ein Wort erwidert. Der Rückgang der ländlichen Bevölkerung ist nicht durch die schlechte Lage des landwirtschaftlichen Gewerbes, sondern durch die Nothlage der ländlichen Arbeiter verursacht. Wir haben noch Nichts davon gehört, daß die Mitternachtsbesitzer wegen der schlechten Lage des landwirtschaftlichen Gewerbes sich Einschränkungen im Hazardspiel und anderen noblen Passionen auferlegen, daß sie sich bemühen, weniger Kinder zu bekommen oder daß sie gar als Sachseugänger den Zug nach Westen mitmachen oder gar über das Meer auszuwandern oder in die Stadt ziehen, um sich für alle mögliche Arbeit zu verdingen. Wohl gilt Letzteres von den Landarbeitern, die aber gemeinen nicht die Früchte der „landwirtschaftlichen Gewerbe“ und unserer Wirtschaftspolitik, welche einzig den Taschen unserer Agrarier zu Gute kommt. —

In **Sachsen** scheint man sich nachgerade überzeugt zu haben, daß eine Regierung andere Verpflichtungen hat, als sich auf Kosten des Volkes die Dankbarkeit einer reaktionären, beschränkten, eigensüchtigen, unerfährlichen habgierigen Clique zu erwerben. Wir wissen nicht, in wie weit freiere Anschauungen zum Durchbruch gekommen sind, aber die Thatsache muß erwähnt werden, daß das neue Ministerium in einem vom „Wähler“ veröffentlichten Entscheid Grundsatze aufgestellt hat, welche der Pariser des Herrn Rositz-Wallmish nicht entsprechen, und daß es Seitens der Kreishauptmannschaften (Regierungen) Leipzig und Dresden für unstatthaft erklärt worden ist, den famosen § 5 des sächsischen Vereinsgesetzes (nach welchem die Polizei Versammlungen im Voraus verbieten kann, wenn sie Gründe hat anzunehmen, daß es deren Zweck ist, Gesetzesübertretungen oder unfittliche Handlungen zu begehen, dazu aufzufordern oder doch dazu geneigt zu manchen) ohne Weiteres auf sozialdemokratische Versammlungen anzuwenden.

Das ist nicht viel, aber es ist immerhin ein „Abbröckeln“ vom Bau der Bismarck'schen Polizei- und Spitzelwirthschaft. —

Die **sächsischen Behörden** sind päpstlicher als der Papst, sie kuzoniren den Verband deutscher Postassistenten noch mehr als selbst Herr v. Stephan, der doch das Menschenmögliche thut, um diesen so überaus loyalen Verein zu schädigen. Die „Frankfurter Zeitung“ läßt sich hierüber berichten:

„In den wiederholt erwähnten Maßregelungen des Verbandes deutscher Postassistenten hat der Stadtrath von Meerane (Sachsen) den Vogel abgeschossen, indem er den in Göttingen gegründeten Zweigverein am 30. Januar auf Grund der §§ 24 und 25 des sächsischen Vereinsgesetzes auflöste. Ein von demselben Verein zur Feier von Kaisers Geburtstag am 1. Februar anberaumter Festkommers, zu dem Einladungen an sämtliche dem Assistentenstande angehörige Kollegen ergangen waren, sollte infolge dessen im Namen der „Meeraner Kollegen“ abgehalten werden. Der Stadtrath von Meerane verbietet, nach dem „Leipzig Tagesanz.“, auch dieses! Trotzdem waren ziemlich viele Kollegen aus Grimnitzschau, Zwidau u. s. w. erschienen. Obwohl alles vermieden wurde, was zu polizeilichem Einschreiten hätte Anlaß geben können, mußten dieselben sich doch eine scharfe polizeiliche Ueberwachung gefallen lassen. Sobald die Beamten sich in einer Wirthschaft aufhielten, erschien nach einigen Minuten auch der Polizeiwachmeister. Auch in Göttingen wurden Vorkommnisse und Schriftführer des Zweigvereins verhaftet! Vermuthlich „im Interesse des Dienstes!“ —

Eine gute Nachricht für die **Millionendiebe** kommt aus Leipzig: Von dort wird unterm 22. d. geschrieben:

„Die hiesige Lokalblätter berichten, ist der von hier flüchtige vormalige **Vandirektor Winkelmann**, dessen bevorstehende Auslieferung fürzlich im Reichstage angeklagt wurde, seit einiger Zeit aus Buenos Ayres verschwunden. Man vermuthet, daß er gewarnt worden ist und sich nach irgend einem Schutzwinkel im Innern des Landes zurückgezogen hat oder nach Montevideo oder Paraguay entflohen ist. In letzter Zeit soll Winkelmann nach den hier eingelaufenen Nachrichten in Buenos Ayres ein sehr äppiges Leben geführt haben.“

Wir hatten recht; die Zeit der Wunder ist vorbei. Der Leipziger Ordnungsheld und Millionendieb ist nicht in dem Käfig sitzen geblieben, nachdem man ihm denselben auf die bekannte — wunderbare Weise geöffnet hatte.

Daß die **englischen Politiker** sich im nächsten Jahre Neuwahlen unterziehen müssen, merkt man an den vielen **Arbeiter-Anträgen**, die jetzt von allen Parteien im Parlamente eingebracht werden. Man muß dafür sorgen, daß die Arbeiter noch einmal für die alten Parteien stimmen und sich nicht schon nächstes Mal ganz auf die eigenen Füße stellen. Die Regierung will auch nicht zurückbleiben, da sie aber eher wie die mandatsfähigen Politiker beim Worte genommen werden kann, beschloß der Ministerrath nur die Einsetzung einer königlichen Kommission zur Untersuchung der Verhältnisse zwischen Unternehmern und Arbeitern.

Dem **Standard** zufolge werden, wie sich die „Voss. Zeitung“ telegraphiren läßt, sich die Arbeiten der Kommission hauptsächlich darauf beschränken, Mittel ausfindig zu machen, durch welche Zustände vermieden werden können; auch dürfte die Feststellung eines normalen Arbeitstages angestrebt werden. Die Verantwortung für die letzte Vermuthung müssen wir dem englischen Blatte überlassen.

Der **englische Aheverring** und der **englische Dock- und Werftarbeiter-Bund** stehen sich noch immer in Schlachtordnung gegenüber. Dann und wann wird ein Schuß abgefeuert, hier und da kommt es zu kleinen Scharmäheln — mehrmals schon hatte es den Anschein, als solle der Kampf allgemein werden, allein das Gefecht wurde stets noch rechtzeitig abgebrochen. Keiner von beiden Theilen will die Verantwortlichkeit für die Miesenschlacht auf sich nehmen, die unvermeidlich ist, sobald sie einmal im Ernste begonnen hat. Und so stehen die zwei Armeen seit Wochen sich gegenüber, einander beobachtend, Jeder nach einer schwachen Stelle des Feindes spähdend.

Einige Blätter glauben, es werde gelingen, die Schlacht abzuwenden. Bei der Erbitterung der Geister erscheint diese Hoffnung aber sehr problematisch.

In sozialistischen Kreisen **Englands** ist der Vorschlag gemacht worden, da sich eine **Arbeitsruhe** in nennenswerther Ausdehnung am 1. Mai nicht erwirken lasse, so möge jeder Arbeiter, der das **Maisfest der Arbeit** zu feiern gedenke, aber am 1. Mai zu arbeiten genöthigt sei, den **Tagelohn** für die Arbeit dieses Tages zu einem **Fonds** für die Erlösung des **Achtstundentages** steuern.

Man wird sich erinnern, daß voriges Jahr bereits der nämliche Vorschlag in Deutschland gemacht wurde. —

In der **Schweiz** hat die **Maisfeier** innerhalb der Partei zu einer Polemik Anlaß gegeben, die jedoch mit einer Sachlichkeit geföhrt wird, wie sie allen Genossen bei Streitfragen innerhalb der Partei zu empfehlen wäre. Bekanntlich hat sich ein Theil der Schweizer Arbeiter für die Feier am 1. Mai, der andere nach dem Vorgang der englischen Sozialisten im letzten Jahr und im Einflang mit dem neuen Beschluß der deutschen sozialistischen Reichstagsfraktion für die Feier am ersten Sonntag des Mai entschieden. Auf den Boden des Pariser Kongreßbeschlusses von 1889 stellen sich beide Theile, nur daß die Befürworter des ersten Sonntags von dem praktischen Beweggrund geleitet sind, die Feier würde am ersten Sonntag des Mai eine allgemeinere und darum wirksamere werden als voraussichtlich am 1. Mai, der ein Freitag ist.

Wir haben nicht nöthig, zu bemerken, daß auch in Deutschland rein praktische Erwägungen zu dem Beschluß der Fraktion geführt haben und daß es keinem Mitglied der Fraktion eingefallen ist, sich in Widerspruch mit dem Pariser Kongreßbeschlusse zu setzen, und die internationale Solidarität des Proletariats und der Sozialdemokratie zu verleugnen.

Wir betonen dies namentlich für die **französischen Genossen**, unter denen der Beschluß der deutschen Reichstagsfraktion vielfach falschen Deutungen begegnet ist. —

Im **Kanton Genf** (Schweiz) liegen dem **Großen Rath** (der Gesetzgebung) zwei Gesetzentwürfe über **Berufsgenossenschaften** vor: ein von der Regierung ausgehender, der sogenannte **freie und freiwillige Gewerkschaften** will, denen Jeder nach Belieben soll beitreten und fernbleiben können, — und ein von dem sozialistisch angehauchten **Großrath Farin** ausgearbeiteter, der **obligatorische Genossenschaften**, jedoch mit absolutem Recht der Selbstverwaltung, fordert. Leider hat der manchesterliche Entwurf Aussicht auf Erfolg. Die Mehrheit des Genfer Großen Rathes besteht aus Bourgeois, und die kapitalistische Ausbeutungspolizei pflegt sich mit Vorliebe in den Mantel der Freiheit und Freiwilligkeit zu hüllen. —

In der **Kommission des französischen Parlaments**, welche mit der Prüfung der verschiedenen Gesetzentwürfe betreffend den **Schutz französischer Arbeiter gegen die Konkurrenz fremder in Frankreich sich aufhaltender Arbeiter** betraut ist, wurde der Vorschlag einer **Fremdensteuer** zurückgewiesen und die Verpflichtung zur **Aufenthaltserklärung** und zum **Bisum** derselben für den Fall eines Umzuges vorgeschrieben. —

Der **Vorsitzende der Subkommission des französischen höheren Arbeitsrathes für die Lohnfrage**, Jules Simon, hat sich laut Mittheilung des Temps für die **Umfällbarkeit eines Theils des Lohnes** der Arbeiter und Bediensteten ausgesprochen, sowie dafür, daß Arbeiter und Bedienstete berechtigt sein sollen, ein zweites **Achtel des Lohnes** abzutreten; der Lohnabzug dürfte jedoch niemals ein Viertel des Lohnes übersteigen.

Die **Franzosen theilen das Schicksal der Deutschen**, in sozialen Maßregeln stets nachzuhinken. Die Unpfländbarkeit des Lohnes ist in Oesterreich und der Schweiz schon lange gesetzlich festgestellt und da kommt ein Jules Simon mit derartigen Anträgen, welche er noch als bedeutungsvolle soziale Reformen betrachtet.

Die **Delegirten der belgischen Arbeiter**, welche sich zu dem am 31. März stattfindenden internationalen Kongreß nach Paris begeben, haben nach einer **Wolff'schen Depesche** den Auftrag erhalten, die **Unterstützung der auswärtigen Grubenarbeiter** nachzusuchen, falls in Belgien ein allgemeiner Streik zum Ausbruch kommen sollte. Die Arbeiter sollen keine Unterstützungen fordern, aber verlangen, daß die auswärtigen Grubenarbeiter durch die Drogen, selbst den Streik zu beginnen, die Einfuhr von Kohlen aus dem Auslande nach Belgien verhindern. —

Die **Frage der belgischen Verfassungsrevision** bietet zwar vorerst wenig Aussicht auf eine Lösung, welche unsere Parteigenossen befriedigen könnte, sie hat aber den Nutzen, den **Ferigungsprozess der bürgerlichen Parteien Belgiens** zu beschleunigen. Diese Wirkung erzielt man auch aus folgender Meldung aus Brüssel. Das **Depeschenbureau „Derold“** läßt sich telegraphiren:

Die **Reinigungsverschiedenheiten** unter den **Amerikalen** über die **Verfassungsrevision** dauern fort. In der gestrigen **Morgenausgabe des „Journal de Bruxelles“** belämpft Wüste die **Revision** sowie die **Berrettung der Minderheiten**. In der **Abendausgabe** desselben Blattes belämpft Staatsminister **Notomb** die **Ansichten Wüste's** und tritt entschieden für **Revision** und **Berrettung der Minderheiten** ein. Dem Lande die **Revision** verweigern, heißt **Belgiens Ende** herbeiföhren. —

Gestern hat das **konservative Ministerium** **Norwegens** seine **Demission** gegeben. Die Ursache liegt in der **Abstimmung über die gemeinsame diplomatische Vertretung Schwedens und Norwegens im Auslande**. Die **Norweger**, welche eifersüchtig über ihre vollständige **Unabhängigkeit** von Schweden wachen, wollten dem **Regierungsantrage**, der dem **Einflusse Norwegens** auf die **auswärtige Politik Schwedens** zu wenig **Rechnung** trägt, nicht zustimmen und bereiteten dem **Ministerium** eine **Niederlage**, die die **Demission** zur Folge hatte. —

Ueber die **Ministerkrise in Norwegen** liegt folgende Meldung vor: Die **Schwierigkeiten** bei **Bildung eines Kabinetts der Linken** sind anscheinend **bedeutend**, und zwar infolge der von den **Radikalen** erhobenen **Forderung**, daß ihr **bekannter Führer Steen** zum **Chef** des **neuen Ministeriums** berufen werden soll, wogegen der **König** früher **entschiedenen Widerstand** leistete. —

Auch in **Nord-Brasilien** zeigen sich **Anfänge der Arbeiterbewegung**, welche in **Süd-Brasilien** durch **ausgesprochen sozialistische Tagesblätter** in **portugiesischer** und **deutscher Sprache** schon ihre **publizistische Vertretung** besitzt. Das **„Kreuzerische Bureau“** meldet aus **Mio Janeiro** von heute, daß die **länglich ausgebrochenen Arbeiterzustände** sich **weiter ausbreiten**. Die **Stauer** befinden sich **noch immer im Ausstand**, ebenso haben die **Arbeiter der Zentralfabrik** die **Arbeit eingestellt**. Der **Dienst** bei denselben ist **eingestellt**. Die **Ausständischen** verlangen infolge der **Preiserhöhung der Lebensmittel** eine **Lohnerhöhung**. —

Briefkasten der Redaktion.

Outmacher in Gartha. Für gewerkschaftliche Berichte von außerhalb ist leider kein Raum vorhanden. Wir können deshalb Ihren Bericht nicht aufnehmen.
Bernau. Vorstehendes gilt auch für Sie. Für Einfindung der Korrespondenz besten Dank.
Abonnent Schmidt, Gartenstraße. Der junge Mann muß das 24. Lebensjahr zurückgelegt haben.
H. G. Eine derartige Anstellung ist in Berlin nicht gewesen. **Weber.** Anfang der achtziger Jahre. Das Jahr wissen wir auch nicht genau.
G. S. Rositzstr. Wir werden die Sache in den nächsten Tagen veröffentlichen. Man hatte uns übrigens auch schon von anderer Seite in Aussicht. **Besten Dank.**
C. S. 32. Ihre Frage ist viel zu allgemein gehalten, als daß wir Ihnen im knappen Rahmen des Briefkastens Auskunft erteilen können. Kommen Sie während der Sprechstunden auf die Redaktion.

Theater.

Mittwoch, den 25. Februar:
Opernhaus. Diarue.
Schanzspielhaus. Der neue Herr.
Festung-Theater. Die Ehre.
Berliner Theater. Minna v. Barnhelm.
Deutsches Theater. Das alte Lied.
Friedrich-Wilhelmstadt Theater. Der Vogelhändler.
Wallner-Theater. Miß Delbett.
Residenz-Theater. Der selbige Loup.
Viktoria-Theater. Die sieben Raben.
Sellenianco-Theater. Pension Schöller.
Abend-Theater. Brot.
Thomas-Theater. Der Registrator auf Reisen.
Adolph Ernst-Theater. Adam und Eva.
Kaufmann's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Concordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Gebr. Richter's Variété. Große Spezialitäten-Vorstellung.
Wintergarten. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Englischer Garten.

Direktion: **C. Andress,** Alexanderstraße 27c.
Margarethe Steinow, Siedergängerin.
Paul Jülich, Gesangs-Humorist.
Mr. Goswin, Musik. Neger-Clown.
Frl. Bonnè, Kostüm-Soubrette.
Gebr. Corradini, Tanz-Duettisten.
Mons. Bernard, Schnellzeichner.
 Anfang Wochentags 8 Uhr.
 Sonntags 5 1/2 Uhr.
 Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf.
 50 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf 20 und 30 Pf.

Stabliement Buggenhagen am Moritzplatz.

Täglich:
Unterhaltungs-Musik.
 Direktion **A. Rödman.**
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Großer Frühstuck und Mittagstisch.
 Spezial-Kuchenschank von Bahnhofs-Erport-Bier, Seidel 15 Pf.
 641 **F. Müller.**

Gratweil'sche Bierhallen

Kommandantenstr. 77-79.
 Täglich:
Grosses Concert
 mit Quartett-Sängern,
 ausgeführt von dem Musik-Direktor
H. Sanftleben.
 Wochentags: **Frei-Concert.**
 Sonntags Entree 20 Pf.
 Empfehle auch zugleich 8 Willards,
 3 Regeldampfen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen.
 708 **F. Södtke.**

Passage-Panopticum.
 Unter d. Linden 22/23.
Knabe mit 2 Köpfen.
Amerikanerin m. 25 cm langem Vollbart.
 11-1 Uhr. 5-9 Uhr.

Castan's Panopticum.
 Jetzt: Friedrichstr. 165.
 Neu:
Azteken.
Prof. Dr. R. Koch
 im Laboratorium.
 Geöffn. v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

Elegante Einsegnungs-Anzüge in Tuch und Kammgarn blau und schwarz von 16 Mark an.
 Gleichzeitig mache meine geehrte Kundenschaft darauf aufmerksam, daß die Neuheiten für die Frühjahrs- und Sommersaison bereits eingetroffen sind, und mein fertiges Lager
eleganter Herren- und Knaben-Anzüge
 aufs Reichhaltigste ausgefüllt ist.
Julius Lindenbaum
 139. Frankfurterstr. 139.
 Zweites Haus an der Fruchtstraße.
 Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten. 189L
Dr. Hoesch, homöopath. Arzt
 Kettlerstr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10

Circus Schumann.

Friedrich-Karl-Platz.
 Mittwoch, den 25. Februar:
 Abends 7 1/2 Uhr:
Große Vorstellung
 mit neuem Programm, wovon besonders hervorzuheben sind: Quadrille moyen-âge, geritten v. 6 Damen u. 6 Herren, 12 in Freiheit dressierte Esel, vorgef. v. Alton Tanti (Parodie). Neitkünstl. Frl. Helene Gerard. Schulpferd Herzer. v. Hrn. Ernst Schumann. Pas de trois auf 2 nebeneinander laufenden Pferden. Batondo american, Saltomortale über eine Anzahl Pferde.
 Komische Entrees sämtl. Klowns.
 Zum Schluß der Vorstellung:
Circus unter Wasser.
Die Marionetten
 oder:
Täuschungen in ein. Damen-Pensionat.
Sensationelle Wasserpantomime
 in 2 Abteilungen.
 Arrangiert vom Direktor **G. Schumann.**
Ganz neue Febererraschungen.
 Spezialität: Die Wassernymphen.
 Morgen: Große Vorstellung mit neuem Programm.
Die Marionetten.

Berl. Bock-Brauerei, Tempelhofer Berg.

Täglich:
Alt-Berlin auf d. Bock.
 Humoristisch-historischer Rückblick zur Feier der
Bock-Saison 1891,
 verbunden mit gr. Militär-Concert.
 Anfang: 8 Uhr.
 Wochentags 5 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
 Berl. Original-Bockbier in Flaschen, direkt von der Brauerei, 20 Flaschen für 3 M. Pfand frei.

Spandauer Berg. Bock-Bier.

Täglich in beiden Stabliements:
Bock-Bier.
 Ausshank. 224L.
 Zeugen gesucht.
 Diejenigen Gäste, welche Sonnabend, den 2. August v. J., Abends, in dem Müller'schen Schanklokal, Köftringerstraße 58, mit angesehen haben, wie Herr Müller in der zwölften Stunde einen größeren Herrn aus dem Lokal führte, und bezeugen können, wie der Vorgang in obigem Lokal sich abgespielt, ob Herr Müller, wie er ausgesagt, geschlagen oder gestochen worden ist, werden dringend gebeten, um Unterzeichnung zu seinem Rechte zu verhelfen, ihre werthe Adresse an G. K. Schönhauser Allee 177 b, 2. Quergeb. I, gerabezu, abzugeben, da derselbe Familienvater ist und nicht gern durch Aussagen Anderer unschuldig bestraft sein will.
 647

Nur 1 Mark
 kostet jede Uhr zu reinigen unter Garantie. Bei allen Reparaturen wird der Preis vorher gesagt.
 Lager aller Arten Uhren.
Otto Eleaser,
 Uhrmacher (Fachmann),
 Naunynstr. 15, Ecke Mariannenstr.

Silberwaren, Werkzeuge, Haus- und Küchengeräte
E. Vogtherr, Berlin C.,
 Landsbergerstr. 64, am Alexanderpl.
 Stephanstr. 16 (Wohbit). 189L
 Sonntags geschlossen.
Kinderwagen. Das gr. Lager Berlins
 Andraastr. 23, D.P.
Restorhandlung 109L
 empfiehlt **Karlo, Waldemarstr. 66.**

Butter-Handlung
 von
Bernh. Müller,
 Neue Köhstraße 1
 empfiehlt:
ff. Tischbutter
Pfund 1 Mk.
ff. Bratenbutter Pfd. 55 Pf.
Prima Sardellen Pfd. 80 Pf.
Frische Eier billig.
Ullersdorfer Sahnenkäse Stück 20 Pf.
 (weich und gelb). 857
Thüringer Kümmelstaje 3 Stück 25 Pf.

Unsern Freunde und Genossen **Hans Suk** zu seinem heutigen Wiegensfelde ein donnerndes Hoch. 646 b
 Die Notizen aus Süd-Ost.

Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß am 28. Nachm. 7 1/2 Uhr, mein lieber Mann, der Hilfs-Totenengräber **H. Schulz,** sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet am 26., Nachm. 3 Uhr, v. d. Reichsh. des 2. Jakobikirchhofes aus statt. **Wwe. Schulz.**

Theilnehmenden Freunden die traurige Nachricht, daß meine geliebte Frau **Ernestine** am Sonntag Morgen nach kurzem, schwerem Krankenlager sanft verschieden ist. Beerdigung Mittwoch, Nachm. 4 1/2 Uhr, von der Halle des Friedhofes der Sophien-Gemeinde, Gesundbrunnen, aus. Der trauernde Gatte **Rudolf Clermont** nebst Tochter. 655b

Achtung!
 Die Kommission zur Beseitigung des denaturirten Spiritus ladet hiermit alle **Lisler, Drechsler, Möbelpolierer, Klavierarbeiter, Rohrleger, Bergolder, Futmacher,** sowie alle, welche mit denaturirtem Spiritus zu thun haben, zu der am **3. März in Joël's Salon** stattfindenden Versammlung ein. Wir ersuchen speziell alle Gewerkschaften, hierauf Bezug zu nehmen. Tagesordnung siehe Sonntagsnummer. 109/5

Öffentliche Versammlung der Formstecher, Drucker, Hilfsarbeiter u. verw. Berufsg.

Berlins und Umgegend
 am Sonntag, den 1. März, Vorm. 10 Uhr, in **Fentler's Salon,** Nanzstraße 11.
 Tagesordnung:
 1. Berichterstaltung über den Einberder Kongress. 2. Erläuterung des Verbands-Statuts. 3. Wahl der dritten Bevollmächtigten für die örtliche Verwaltung und des Verbands-Ausschusses. 4. Verschiedenes. 630b
 Diejenigen, welche gewillt sind, der Zahlstelle (resp. Verband) beizutreten, werden dringend um ihr Erscheinen gebeten. Zur Deckung der Unkosten findet eine Tellererhebung statt.
 Der Einberder.

Öffentliche Versammlung für Frauen und Männer

des sozialdemokratischen Bes- und Distriktsklubs
„Emanzipation“
 am Mittwoch, den 25. Februar, Abends 9 Uhr,
 im Lokale des Genossen **A. Wagner,** Neue Königstraße 89. (850 b)
 Tagesordnung: 1. Vortrag über: Unser Parteiprogramm. Ref.: Gen. Reul. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Um zahlr. Erscheinen. bittet Der Vorstand. 647

Warnung. 651b
 Darne hiermit Jedermann, meinen zwei Söhnen, Paul und Berthold, auf meinen Namen etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme. Holz- und Kohlenhändler. **W. Kahl,** Köpnickstr. 6.

Cepidj-Ansverkauf.

Wegen Abriß des Hauses und Aufgabe des Engros-Lagers verkaufe:
Sopho-Cepidj, nur 5, 6, 8, 10-15M.
Salon-Cepidj, nur 10, 15, 20-45M.
Saal-Cepidj, nur 25, 30, 40-150M.
 Stühle, welche d. doppelt Werth haben. Möbelstoffe, Gardinen, Tischdecken, Portieren etc. sabelhaft billig.
Cepidj-Fabrik,
 Leipziger-Straße 31-32.
 Aufträge nach Ausherbals streng reell. Bitte genau auf Nr. 31-32 zu achten.

Jede Uhr
 zu repariren und zu reinigen kostet bei uns unter Garantie des Gutgehens nur **1 M. 50 Pf.** (außer Bruch). Kleine Reparaturen billiger. Lager aller Arten neuer und gebrauchter Uhren. Verkauf zu erstaunlich billigen Preisen. 42L
E. Rothert & Stolz, Uhrmacher,
 Andraastr. 62, Chausseest. 78,
 Alte Schönhauserstr. 25.

Nur 1 Mark.
 Klagen, Eingaben, Reklamationen, Rath im Zivil- und Strafprozess. Einziehung von Forderungen. **Pollak,** jetzt **Kaupachstr. 7, I.** Auch Sonntags.

Rohtabak Spandauerbrücke 6, am hiesigen Plage bekonntlich **Größte Auswahl. Garantirt sicher brennende Tabake.** Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager. **A. Goldschmidt,** Spandauerbr. 6, am Lade'schen Markt. 1746

Nur 1 Mark.
 Klagen, Eingaben, Reklamationen, Rath im Zivil- und Strafprozess. Einziehung von Forderungen. **Pollak,** jetzt **Kaupachstr. 7, I.** Auch Sonntags.

Grosse öffentliche Volks-Versammlung für Männer und Frauen

am Mittwoch, den 25. Februar, Abends 8 Uhr, im Stabliement „Königshof“, Bülow-Straße 36-37.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn **Th. Glocke** über: **Der Emanzipationskampf der arbeitenden Klasse.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zur Deckung der Unkosten findet Tellererhebung statt. 336
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
 Der Einberder im Auftrage des Vertrauensmannes.

Große öffentliche Volksversammlung

am Freitag, den 27. Februar, Abends 8 Uhr, im Stabliement **Giskeller,** Chausseest. 88 (hinterer Saal).
 Tages-Ordnung:
Arbeiterchutz und Arbeiter-Organisation.
 Referent: Reichstags-Abgeordneter **A. Bebel.**
 Diskussion.
 Zur Deckung der Unkosten findet Tellererhebung statt. Vor Eintritt in den Saal bitte das Banden einzustellen.
 Der Vertrauensmann. 333/2

Sozialdemokratischer Parteitag.

für die Reichstags-Wahlkreise
Prenzlau-Angermünde, Königsberg (Nm.) u. Ober-Barnim findet im großen Saale des „Schützenhauses“ in **Wriezen a. O.** am Sonntag, den 1. März cr., ein **Parteitag** statt.
 Tages-Ordnung: a) für die Vormittags-Sitzung (Eröffnung 11 Uhr): 1. Agitation und Organisation. Referent: **Hr. Pökelmann-Straußberg.** b) für die Nachmittags-Sitzung (Eröffnung 3 Uhr): 2. Die ländliche Arbeiterfrage. Referent: **Herr N. Salomon-Briegen.** 3. Die Arbeiterpresse. Referent: **Herr Willarg-Berlin.** 4. Wünsche und Anträge aus der Versammlung.
 Recht zahlreiches Erscheinen auf diesem so wichtigen Parteitage ist nothwendig, und es ist Pflicht der Genossen in den obengenannten Kreisen, für die größtmögliche Verbreitung dieser Bekanntmachung Sorge zu tragen. Der Zutritt ist jedem Genossen gestattet. 245
J. A. H. Günther, Vertrauensmann für Ober-Barnim.

Große öffentliche Versammlung zu Gunsten der

Arbeiter-Bildungsschule
 am Mittwoch, den 25. Februar, Abends 8 Uhr, im Lokale der Norddeutschen Brauerei, Chausseest. No. 58.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Max Schippel** über: „Der alte Aberglaube an den Staat.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Zur Deckung der Unkosten findet Tellererhebung statt. 103
 Der Einberder: **H. Gumpel,** Barnimstr. 42.

Zimmerleute!

Gr. öffentl. Versammlung d. Lokalverbandes
 am Mittwoch, den 25. d. M., Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn **Schröder,** Mantuffelstraße Nr. 9.
 Tages-Ordnung:
 1. „Der Kampf mit geistigen Waffen“. Referent: **Stadtv. Herr Klein.** 2. Verschiedenes.
 Alle Zimmerleute, sowie Gäste sind freundlichst eingeladen.
H. Ortland.

Freie Vereinigung d. Maurer

Berlins und Umgegend.
 Donnerstag, den 26. Februar cr., Abends 8 Uhr, in **Habel's Brauerei,** Bergmannstr. 5-7:
Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Herrn **Wach** über: „Sozialismus“. 234
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Ein jeder Maurer ist willkommen.
 Die Refer des „Vorwärts“ werden gebeten, die Kollegen auf die Wichtigkeit der Tagesordnung aufmerksam zu machen und dieselben zum Besuch dieser Versammlung aufzufordern.
 Der Vorstand.

Arbeiter-Sängerbund

Berlins und Umgegend.
 Sonntag, den 1. März, Vormittags 10 Uhr, bei **Joël** (früher Keller), Andraastr. 21:
Übungs-Stunde
 sämtlicher zum Bunde gehörender Vereine. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen, sowie Mitbringen der 4 ersten Lieder bittet
 Der Vorstand. 105
 NB. Einlaßkarte legitimirt.

Großer Wiener Maskenball

am Sonnabend, den 28. Februar cr., in der **Unions-Brauerei** (Hasenhaide), veranstaltet vom **Gesangverein** „Krenzberger Harmonie“ (Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes). 640b
 Freunde und Gönner des Vereins sind ergebenst eingeladen.

Berlin S. **A. Schulz** Berlin S.
 34 Wasserthor - Straße 34. 160 L
Möbel- und Polsterwaaren-Fabrik.
 Godiegene Arbeit, Zeitgemässe Preise. Conlante Zahlungsbedingungen.

„Zeltung“, übergegangen und dann durch die ganze sozialistische Presse gegangen. Diesen Mitteilungen ist nicht widersprochen worden, man muß sie also für richtig halten. Der Handelsminister bestätigt das selbst, indem er sagt, wenn das Verhalten der Direktion tatsächlich richtig wäre, müßte er es unterlassen. Inwiefern dabei die Kontraktbrüche mitgewirkt haben, lasse ich dahin gestellt. Die königliche Bergwerksverwaltung hat Arbeiter trotz des Kontraktbruchs wieder angeheilt, und damit hat die Regierung und noch ein höherer anerkannt, daß besondere Verhältnisse vorliegen, welche die Arbeiter zu ihrem gesetzlich vielleicht nicht gerechtfertigten Vorgehen veranlassen. Die Enquete-Kommission hat ja auch die schweren und großen Mißbräuche in vielen Fällen zugestanden. Rechnet man dazu, daß die Arbeiter nur, wenn sie geschlossen vorgehen, etwas erreichen, und daß die Kündigungsfrist ungewöhnlich lang war, so versteht man das Vorgehen der Arbeiter. Was man hier als Wohlthaten für den Arbeiter hinstellt, ist in Wahrheit nur eine Fessel desselben. Alle diese Wohlfahrtsmaßnahmen sind das gerade Gegenteil davon. Das ist für die Öffentlichkeit genügend klar gestellt, wenn eine Behörde erklärt, daß Wohlthaten unter solchen Umständen nicht weiter den Arbeitern erwiesen werden, sondern Strafen an deren Stelle treten sollen. Ueber die Lohnregulierung stellen wir jetzt keine Anträge. Wir haben nie gesagt, daß die Arbeiter nicht sparen dürfen, sondern daß sie nichts zum Sparen hätten. Führen die Unternehmer das Sparen zwangsweise ein, so ist das nur Heuchelei, um sagen zu können: „Seht, wir zahlen einen solchen Lohn, daß der Arbeiter sparen kann“. Wie er dafür danken muß, wird nicht gesagt. Wäre die „verdamnte Bedürfnislosigkeit“ unserer Arbeiter, um mit Vorfällen zu sprechen, infolge des Drucks der ökonomischen Verhältnisse nicht vorhanden, so würden sich Hunderttausende von Arbeitern nicht mit dem Bedürfnis, was sie haben. Durch Hasselmann ist 1879 schon bewiesen worden, daß das Verbot der Gewerbrüder Stimm an ihre Arbeiter, das „Neunkirchner Tageblatt“, ein freisinniges Blatt, zu halten, in dem Sinne gegeben war, daß der zum Handelnde Arbeiter entlassen werden sollte; und da ein von den Gewerbrüder Stimm entlassener Arbeiter anderswo keine Beschäftigung erhielt, so mußten sich die Arbeiter dieser Drohung fügen, so daß nur zwei oder drei Arbeiter deswegen entlassen wurden. Das Verbot ist charakteristisch, insofern als es sich um ein freisinniges, nicht sozialdemokratisches Blatt handelte. So weit geht der Feudalabsolutismus unserer Großindustriellen. Das heißt nichts anderes, als das politische Recht des Arbeiters, die Heberzeugungsfreiheit vollständig zu untergraben. Heute ist an die Stelle der religiösen Unzulänglichkeit, die Schäden genug herbeigeführt hat, die politische Unzulänglichkeit getreten, eine traurigere geistige Sklaverei, als sie je dagewesen ist. Wie werden später noch darauf zurückkommen. Wenn einmal abgerechnet werden soll, dann auch gründlich! Ein großer Theil der Unternehmer hat schon 1878 eingesehen, daß jene Ausschließung von Männern einer bestimmten politischen Richtung auf die Dauer nicht durchzuführen ist. Alle christlichen Leute, denen daran liegt, daß die Meinungsfreiheit statt hat, werden sich uns anschließen. Das ist leider auch die Staatsgewalt soweit gekommen ist, wie früher von ihren Beamten jetzt sogar von ihren Arbeitern zu verlangen, daß sie sich dieser oder jener Richtung nicht anschließen, darauf werden wir auch noch zu sprechen kommen. In den Fabrikkordnungen heißt es jetzt, Sozialdemokraten werden nicht in die Fabrik aufgenommen. Warum haben Sie denn das Sozialistengesetz aufgehoben? Dann müßten Sie doch den Sozialdemokraten für vogelfrei erklären und ihm überhaupt das Recht nehmen, sich im Deutschen Reich aufzuhalten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Minister v. Beseler: Wenn die sozialistische Bergverwaltung Arbeiter wieder aufgenommen hat, welche den Kontraktbruch begangen hatten, so geschah das aus der Erwägung, daß sie das unter dem Druck einer Zwangsangelegenheit hatten, durch den Einfluß von Agitatoren. (Große Unruhe links.) Die Kündigungsfrist beträgt vierzehn Tage. Wenn Herr Bebel diese Kündigungsfrist für eine zu lange hält, so hat er keine Ahnung von den Dingen, die außerhalb der Orte passieren, an denen er der Agitation halber sich aufzuhalten gezwungen ist.

Abg. Leuschner (Rp.): Herr Bebel kennt die Verhältnisse absolut nicht, wenn er die Arbeiterwohnungen, welche Fabrikanten und Bergwerksbesitzer hergestellt haben, so wegwerfend beurtheilt. Sie wollen durch diese Ausführungen nur die Ungutzüchtigkeit unter den Arbeitern erge erhalten, während die Arbeitgeber, die vernünftigerweise im Interesse der Arbeiter Maßregeln gegen die Agitatoren ergreifen, den Dank des Vaterlandes verdienen. Ich hoffe, daß die Juristen der Sozialdemokratie bald von allen Arbeitern als solche erkannt werden! (Ironisches Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Mörike (wilt. lib.): Deren Bebel ist es nicht gelungen nachzuweisen, daß die von den Arbeitgebern gefassten humanitären Einrichtungen den Arbeitern nachtheilig sind. Was ist denn Schlimmes daran, wenn die Arbeiter zu den Kosten beitragen, wenn sie nur irgendwie die Verfügung darüber haben? Zahlreiche Arbeitgeber-Vereinigungen sind auf diesem Gebiete unausgesprochen thätig. Mit den Worten „seifen, knechten“ wird nachgerade der größte Unfug getrieben. Wenn ich die Arbeiter an mich fesseln, daß sie nicht so leicht zu einem anderen Betriebe übergehen, so thue ich damit nichts Unrechtes, sondern etwas Gutes, indem ich dem Arbeiter Vortheile gewähre. Die politische Freiheit und die religiöse Freiheit der Arbeiter besteht in Deutschland im vollsten Umfange, sonst würden ja die 1 1/2 Millionen sozialdemokratische Wähler der letzten Reichstagswahl keine Arbeit mehr haben finden können. Soll denn den Arbeitgebern verboten werden, Bade-Anstalten, Kleinlinder-Schulen, Handarbeits-Schulen für seine Arbeiter einzurichten? Wenn auch manche Wohlfahrtsmaßnahmen den Ansprüchen nicht genügen, so gilt das doch nicht von der großen Mehrzahl. Ich wünsche die weiteste Verbreitung und Ausdehnung dieser Einrichtungen, welche der Sozialdemokratie den meisten Abbruch thun können und thun werden. (Zustimmung.) Gegen die Denunziation des Abgeordneten Bebel gegen die Arbeiter im Allgemeinen verwalte ich mich entschieden.

Abg. v. Stumm: Seit dem Aufhören des Sozialistengesetzes ist es doppelte Pflicht der Arbeitgeber, auf alle Weise dem Anhang der sozialdemokratischen Agitatoren auf dem Wege der Selbsthilfe zu steuern. Wenn Herr Bebel das Verbot der Lektüre einer bestimmten Zeitung für eine Sklaverei sondergleichen erklärt, wie kann er billigen, daß Herr Liebknecht noch viel grausamer vergewaltigt wird, wenn er bloß in der harmlosesten Weise ein Konjektur drückt, welches in einem gedoncotierten Lokale stattfindet? (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Das ist ebenso Heuchelei!

Abg. Bebel: Wir haben gar nichts dagegen, wenn der Arbeitgeber auf eigene Kosten Wohlfahrtsmaßnahmen einführt. Einrichtungen dagegen, zu deren materielle Unterstützung die Arbeiter gezwungen werden, schmeden sehr nach Unterdrückung und Ausnützung. Würden Sie sich so etwas gefallen lassen? Den Arbeitern gegenüber finden Sie Alles gerecht, was Sie ihnen gegenüber als die größte moralische Bewusstheit ansehen. (Zustimmung bei den Soz.) Wenn die Herren Leuschner und von Stumm, deren geschmackvolle Redewendungen sich mit mehr Recht auf die Arbeitgeber als auf die Arbeiter anwenden lassen, wirklich die Ueberzeugung haben, daß ihre Arbeiter den sozialdemokratischen Agitatoren gegenüber so gewappnet sind, warum bieten sie denn bei jeder Gelegenheit ihre ganze soziale Macht auf, um die Sozialdemokratie aus den unter ihrem Kommando stehenden Bezirken zu verdrängen? Was einmal der Generalsekretär des Centralvereins deutscher Großindustrieller erklärte, gilt auch heute: der Arbeiter hat zu stimmen, wie sein Unternehmer es verlangt. Das ist ein Fabrik- und Industrie-Feudalismus, wie ihn in anderer Form nur das Mittelalter gekannt hat. Wenn der Handelsminister erklärt hat, man gehe nur gegen die sozialdemokratischen Agitatoren in den Staatsverhältnissen vor, so widersprechen

dem eine königlich bayerische Fabrikordnung und die der kaiserlichen Marine in Kiel, auf die ich später eingehen werde, nach welchen Jeder, der sich an einem sozialdemokratischen Verein betheiligt, oder sogar bei einem solchen Verein oder Feste zu Gaste ist, aus der Arbeit zu entlassen ist (hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) und zwar sofort. (Sehr richtig! rechts.) Solche Maßregeln sind darauf zugeschnitten, den Arbeiter mundtot und rechtlos zu machen (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Kuer wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Freisinnigen abgelehnt und § 117 unverändert in der Fassung der Kommission angenommen.

§ 119a bestimmt im ersten Absätze: Lohninbehaltungen, welche von den Gewerbe-Unternehmern zur Sicherung des Erfolges eines ihnen aus der widerrechtlichen Auflösung des Arbeitsverhältnisses erwachsenden Schadens ausbedungen werden, dürfen bei den einzelnen Lohnzahlungen ein Viertel des fälligen Lohnes, im Gesamtbetrage den Betrag eines durchschnittlichen Wochenlohnes nicht übersteigen.

Abf. 2 überläßt statutarischer Regelung einer Gemeinde oder eines weiteren Kommunalverbandes für alle oder gewisse Gewerbebetriebe 1. die Festsetzung fester Fristen für die Lohn- und Abschlags-Zahlungen, die Fristen dürfen nicht länger als ein Monat und nicht länger als eine Woche sein; 2. die Zahlung des Lohnes der minderjährigen Arbeiter an die Eltern und nur mit deren schriftlicher Zustimmung an die Minderjährigen selbst; 3. die Verpflichtung der Gewerbetreibenden zur Mittheilung der den Minderjährigen gezahlten Löhne an die Eltern oder Vormünder innerhalb gewisser Fristen.

Die Sozialdemokraten (Abg. Kuer und Gen.) beantragen die Streichung des § 119a. Die Abg. Güttsch und Gen. wollen die Bestimmung des ersten Absatzes auch auf die Konventionalkontrakte ausdehnen, welche für den Fall des Eintritts eines solchen Schadens verabredet werden.

Die Volkspartei (Abg. Dillinger, Hähle, Payer, Speiser) wollen die Ziffern 2 und 3 des zweiten Absatzes streichen.

Abg. Dirsch beantragt endlich folgende Resolution: Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, behufs Förderung der Wirtschaftlichkeit unter den Arbeitern dahin zu wirken, daß in den Betrieben des Reichs und der Bundesstaaten Abschlagszahlungen des verdienten Lohnes wöchentlich, die Abrechnung desselben, soweit möglich, spätestens 14 täglich erfolgen.

Abg. Payer (Rp.) bezieht sich auf den Antrag auf Streichung der Bestimmungen der Auszahlung des Lohnes der Minderjährigen an die Eltern beim Vormünder und der Verpflichtung der Arbeitgeber zur Mittheilung der Lohnbeiträge an die Eltern. Die erste Vorschrift zumal würde eine unnötige Klageerei der Unternehmer im Gefolge haben und vielfach gar nicht ausführbar sein. Im Uebrigen sei der § 119a annehmbar.

Abg. Wolfenbühl (Soz.): Die Lohnabzüge sind heute zu Tage nicht allgemein, sondern Ausnahmen. Wird dieser Paragraph Gesetz, so wird der größte Theil der Arbeitgeber zu Lohnabzügen gezwungen. Das Recht, einen solchen Lohnabzug zu machen und bei sich zurück zu halten, heißt nicht Anderes, als durch Gesetz dem Arbeitgeber das Recht einzuräumen, eine Zwangsanleihe von 60 Millionen Mark bei den Arbeitern zu machen, ohne Verpflichtung für den Arbeitgeber, das Geld sicher zu stellen und dafür Zins zu zahlen. Was würde gesagt werden, wenn wir verlangten, daß die Arbeitgeber verpflichtet sein sollen, dem Arbeiter einen Wochenlohn als Voranschuss zu geben? Diese Anleihe soll doch nur den Zweck haben, den Arbeitgeber für den Fall des Kontraktbruchs des Arbeiters schadlos zu halten. Die Bestimmung wird motivirt mit der bekannten Streitthatigkeit. Aus derselben geht aber lediglich hervor, wieviel Arbeiter gestreikt haben und Kontraktbrüche begangen sind, nicht aber, welches die Ursache gewesen ist. In dem Augenblicke, wo die Arbeiter zum Streik greifen, sind sie meist bereit, daß sie sich durch derartige finanzielle Bestimmungen nicht werden beschränken lassen. Der Erfolg wird keine Streikverminderung, sondern lediglich der sein, daß die Arbeitgeber die Zwangsanleihe als Eigentum in ihre Tasche stecken. Ob diese Bestimmung dazu angethan ist, die Zufriedenheit der Arbeiter zu fördern, lasse ich dahingestellt. Wie so ein Streik zu Stande kommt, zeigt der Ausfall der Tabakarbeiter in Hamburg, der bereits 13 Wochen dauert. Seit den 70er Jahren ist der Lohn von 27,00 M. pro 1000 Zigarren derselben Sorte bei demselben Fabrikanten auf 20 Mark, also um ein Drittel, heruntergegangen; dabei sind aber die Lebensmittelpreise bedeutend gestiegen. Die Arbeiter verlangten von einem Fabrikanten, der durch seine niedrigen Löhne besonders berüchtigt ist, eine Lohnerhöhung von 15 pCt. Der Fabrikant bot 10 pCt. die Arbeiter ließen sich darauf ein und gingen zur Arbeit. Sie glaubten an Stelle von einer Mark in Zukunft 1.10 M. zu erhalten. Der Fabrikant hatte sich aber eine Liste von 58 Sorten Zigarren angelegt. Bei gangbaren Sorten hatte er eine Lohnzulage von 3-4 pCt., bei anderen Sorten, die gar nicht gerannt werden, eine solche von 15-20 pCt. gemacht, so daß bei den 58 Sorten zusammen 580 pCt. oder durchschnittlich 10 pCt. herauskamen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Nach Berechnung der Arbeiter betrug thätlich die Erhöhung des Lohnes 3-4 pCt., nach Berechnung des Fabrikanten allerdings 7 1/2 pCt. In gleicher Zeit bildete sich der Zigarrenfabrikanten-Verein und beschloß den Ausschluß aller Mitglieder des Deutschen Tabak- und Zigarrenarbeiter-Vereins und des Freundschaftsklubs der Tabaksortirer von der Arbeit; und obgleich die Verhandlungen mit den Arbeitern in Hamburg inzwischen fastig geführt worden waren, wurden plötzlich am 24. November die Arbeiter, welche Mitglieder jener Vereine waren, entlassen. Dieser Ausschluß, zumal kurz vor Weihnachten, im harten Winter mußte die Arbeiter erzürnen und zur allgemeinen Arbeitsniederlegung führen. Was würde in solchen Fällen den Arbeitern kümmern, wenn er einen Wochenlohn verlore? Man nimmt dabei immer an, daß der Arbeitgeber regelmäßig zahlungsfähig sei. Ein großer Theil der Erkenntnisse der Gewerbegerichte in Hamburg hat nur durch Zwangsvollstreckung, ein anderer Theil gar nicht vollstreckt werden können. Ein Arbeitgeber, der so schwach bei Finanzen ist, kann leicht dazu greifen, den Arbeitnehmer zu sklavieren, um ihn zu veranlassen, davonzugehen; er behält dann den Wochenlohn und stellt ihn in die Tasche, obwohl er der moralisch Schuldige ist. Sie provozieren damit unsaubere Elemente unter den Arbeitgebern, sich eines gesetzlich erlaubten Betruges gegen den Arbeiter schuldig zu machen. Wir haben es hier mit einem Unternehmerschuh im weitesten Maße zu thun. Was haben wir bisher in diesem Gesetze zu Gunsten des Arbeiters geschaffen? Sonntagsarbeit war bisher landesgesetzlich erlaubt und ist jetzt reichsgesetzlich erlaubt. Auch das Truchsystem ist beibehalten worden. Die vorliegende Bestimmung giebt den Arbeitgebern ein Vanzgeschweh von mindestens 1 200 000 Mark, insofern der Möglichkeit, jedem Arbeiter Lohnbeträge zurückzubehalten. Das statutarische Bestimmungen entscheiden können, gefällt mir auch nicht. Nur ein geringer Bruchtheil der Arbeiter hat Einfluß beim Erlaß statutarischer Bestimmungen. In der ganzen Stadt Hamburg giebt es kaum hundert Arbeiter, die ein kommunales Wahlrecht besitzen, die andern haben nicht den geringsten Einfluß auf die Stadtvertretung. Also lediglich die Arbeitgeber erlassen jene ordnungstatutarischen Bestimmungen und werben sie zu ihrem Vortheil gebrauchten. Wenn für das Reich die Festlegung besonderer Bestimmungen über Lohnzahlung nicht möglich ist, so kann man dasselbe auch für die größeren Kommunalbezirke sagen. Ferner soll in dem Paragraphen die hässliche Jugend gebändigt werden. Sie stellen aber die Jugend hier völlig unter Kuratel. Wenn der Arbeitgeber sabann, ohne einen besonderen Beitrag zu schließen, sofort ein Viertel des Wochenlohns abziehen kann, so wird das nur Unzufriedenheit in den Arbeiterkreisen schaffen.

Beh. Rath Hoffmann führt aus, daß die Bestimmungen des Absatz 1 das gegenwärtige Recht gerade im Interesse des Arbeiterschutzes, nicht des Unternehmerschutzes auszugestalten streben.

Abg. Güttsch (Soz.) empfiehlt die Annahme der Kommissionsbeschlüsse. Es sei immer noch besser als gar nichts, wenn man die ordnungstatutarische Regelung als Ausweg akzeptirt, um Verhältnisse, wie die Lohnfrist, die sich einheitlich für das ganze Reich nicht regeln lassen, in kleineren kommunalen Verhältnissen einheitlich zu ordnen. Das Statut kann nur zu Stande kommen nach Anhörung der betheiligten Kreise und bedarf der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde; alle Kantelen sind also gegeben, um den Zweifeln des Kollegen Payer zu begegnen. Was die Frage der kurzen oder langen Lohnfrist betrifft, so habe ich nur die Möglichkeit betont, daß sich auch lange Lohnfristen empfehlen. Gestimmt bin ich, wie die Sozialdemokraten die Wohlthaten dieses § 119a den Arbeitern entgegenstellen wollen. Herr Bebel selbst hat in der Kommission Fälle angeführt, wo die Arbeiter mehrere Hundert Mark Lohn als Kaution setzen lassen mußten; das ist nun nicht mehr möglich nach der neuen Fassung unseres § 119a. Wir wollen nun auch für eine verarbeitete Strafe ebenfalls die Lohninbehaltung den Betrag eines Wochenlohns nicht übersteigen lassen. Nehmen Sie den § 119a nicht an, so bleibt die volle Vertragsfreiheit, und den Arbeitern können viele Hunderte Kaution wieder auferlegt werden. Wollen Sie diesen Zustand weiter dauern lassen? Ist nicht gerade nach dieser Seite ein Schutz erforderlich?

Abg. Dirsch: Die Ziffern 2 und 3 des zweiten Absatzes kann ich im Gegensatz zum Vordrucker nicht billigen; ich werde vielmehr mit der Volkspartei für deren Beseitigung stimmen. Wenn die Sozialdemokraten aber den Abf. 1 ablehnen, weil sie eine Verurtheilung des Arbeiters nicht wollen, so ist das ein Widerspruch in sich selbst. Meine Resolution empfehle ich Ihnen zur Annahme; ich habe die Kommunalverbände und Kommunen diesmal weggelassen, nicht weil ich nicht auch bei ihnen kurze Lohnfristen wünsche, sondern weil der Reichskanzler auf diese Verbände und Kommunen keinen Einfluß direkt besitzt. Die langen Lohnfristen fördern das Borgsystem und damit den Zwang für den Arbeiter, seine Bedürfnisse zu theueren Preisen und in schlechterer Beschaffenheit sich zu besorgen. Die Staats- und Reichsbetriebe sollen Musteranstalten sein, das ist von höchster Stelle ausgesprochen worden; möge es auch in diesen Punkten der Fall sein. Herr v. Stumm hat uns gestern vorgeworfen, daß wir zu lange Reden hielten und die Zeit des Hauses verzeitteln. (Sehr richtig rechts.) Ich meine, wir haben alle diese Punkte gründlich zu prüfen, und übrigens hat kein Mitglied des Hauses das Recht, uns zu hofmeistern.

Die Debatte wird geschlossen.

Abg. Eberth (Deutschf.) zur Geschäftsordnung). Durch den Schluß der Debatte ist es mir unmöglich gemacht, auf einzelne in der Debatte vorgekommene Bemerkungen zu antworten.

Abg. Singer: Vor der Abstimmung beweise ich die Beschäftigung des Hauses.

Abg. Windhorst: Ich beantrage die Vertagung. Durch Annahme dieses Antrages wird die Debatte um 5 Uhr auf Mittwoch 1 Uhr verlagert.

Abgeordnetenhand.

41. Sitzung vom 24. Februar. 12 Uhr.

Am Ministertische: Finanzminister Dr. Miquel, Minister des Innern Herrfurth, Geh. Finanzrath Wallach, General-Steuerdirektor Burghart.

Das Haus legt die zweite Lesung des Einkommensteuer-Gesetzes mit den Bestimmungen über die Verwendung der Ueberschüsse fort und zwar wird mit diesen Bestimmungen zugleich die Novelle zur lex Duene in zweiter Lesung diskutiert.

Von den Abg. Richter (Soz.) und Jahn v. Jedlich (Soz.) ist zur lex Duene-Novelle ein Antrag eingegangen: Den Gesetzentwurf in folgender Fassung anzunehmen: § 1. Von dem gemäß § 1 des Gesetzes vom 14. Mai 1885 den Kommunalverbänden zu überweisenden Beträge von der aus landwirtschaftlichen Höfen eingehenden Summe haben die Kommunalverbände, soweit sie nicht von dem Minister des Innern und dem Unterrichtsminister von dieser Verpflichtung entbunden werden, für das Etatsjahr 1890/91 ein Drittel, für das Etatsjahr 1891/92 ein Viertel zur Unterhaltung von Gemeinden (Gaubezirken, Schulverbänden) bei Volksschul-Bauten, bezw. zur Bildung von Schulbau-Fonds zu verwenden. § 2. Die Beschlüsse über die Verwendung des § 1 bedürfen der Genehmigung der Schulaufsichts-Behörde.

Vor Eintritt in die Debatte zieht der Abg. Dr. Enneccerus den national-liberalen Antrag zur Vorlage zurück.

Abg. Jahn v. Jedlich (Soz.) erklärt, daß auch der von den freikonservativen eingebrachte Antrag zurückgezogen wird. Redner bezieht sich sodann auf den Antrag Richter v. Jedlich. Die Bildung eines Schulbau-Fonds sei ein Schritt, der die künftige Steuerreform wirksam vorbereite und leitete die sämtlichen übrigen Abänderungsanträge, die er als nicht empfehlenswerth nachzuweisen sucht. Es müsse namentlich darauf gehalten werden, daß man mit finanziellen Vortheilen nicht schwere wirtschaftliche Nachteile den Gemeinden zuwende. Diese Gefahr sei bei allen anderen Anträgen, mit Ausnahme des beschworbenen Antrages Richter-Jedlich, mehr oder weniger vorhanden.

Finanzminister Dr. Miquel: Ich kann nur an meiner schon früher ausgesprochenen Ansicht festhalten, daß die sämtlichen Anträge sich nicht zur Annahme empfehlen; am besten bleibt noch immer die Regierungsvorlage; wenn aber diese keine Gnade vor Ihren Augen findet, so erziele ich die Kommissionsvorlage. Die einseitige Verbindung dieser Vorlage mit dem zweiten Schritt der Steuerreform, der Ueberweisung, gefährdet das Zustandekommen der ganzen Steuerreform; wir können dieses Ziel nur langsam und schrittweise erreichen. Während mir früher der Abg. Richter in seiner Presse entgegentrat und sagte, ich wolle nur die Staatssteuern vermehren, während die Erleichterung der Kommunalsteuern die Hauptsache sei, legen die Herren die Verwendung der Ueberschüsse fest. Nothwendig ist die Unterscheidung in der Besteuerung von fundirtem und unfundirtem Einkommen; das ist auch von den freisinnigen Rednern anerkannt. Ein positives Programm hat man von den Rednern der freisinnigen Partei nicht gehört; sie haben sich untereinander widersprochen, eine Lehre kann ich aus diesen Reden nicht ziehen, höchstens die, daß die Regierungsvorlage auf dem rechten Wege ist. (Heiterkeit, Zustimmung.) Die Verwendungsbestimmungen der Vorlage sind ja vielleicht entbehrlich, aber die Regierung hat die Bestimmung aufgenommen, um Mißbräuen zu beseitigen, und um die zu lange Ansammlung der Ueberschüsse zu verhindern. Seit dem Jahre 1867 ist an kein Steuergesetz die Bedingung der Quotifizierung geknüpft oder zu knäpfen versucht worden. Es handelt sich gar nicht um ein neues Steuergesetz; die Ueberschüsse sollen sofort zu Steuererlassen verwendet werden. Wie man die Quotifizierung auch beurtheilt, eine Verbindung mit diesem Gesetz ist unangebracht, denn einen Zwang zu versuchen, wäre der verkehrteste Weg, etwas zu erreichen; man wird vielmehr, wie von anderen Rednern bemerkt worden ist, am besten thun, ein freies Entgegenkommen der Krone abzuwarten. — Redner giebt dann die einzelnen Anträge durch, um deren Annehmbarkeit nachzuweisen. Der angeblich „agrarische“ Standpunkt der Vorlage schreckt mich wenig; denn soweit sie landliche Bevölkerung betrafte, werden die Beschlüsse derselben ebenso geltend machen, wie andere Bevölkerungsklassen; übrigens werden die großen Städte ebenfalls bedeutende Vortheile aus der Gebäudefürer-Ueberschüsse haben. Die Streichung des Grund und Wagens wird beibehalten werden müssen.

Versammlungen.

Eine große Volksversammlung

Am 23. d. M. den Saal des böhmischen Brauhauses. Wohl 2000 Personen, Frauen und Männer, waren anwesend. Die imposante Versammlung, deren Bureau die Genossen Witzke, Müller und Körten bildeten, war nach Befragung des Vorsitzenden auf Veranlassung der Berliner Streik-Kontroll-Kommission einberufen und zwar im Interesse der ausgesperrten Arbeiter Deutschlands, insbesondere der Hamburger Tabakarbeiter. Demgemäß hielt Reichstags-Abgeordneter Meffendörfer einen Vortrag über die Zusammenhänge der verschiedenen unterbrochenen Vorträge über das Thema: „Die Ausprägung der Tabakarbeiter in Hamburg, Altona und Ottenen und die falschen Berichte des Wolff'schen Telegraphen-Bureau's“ und äußerte sich in demselben: „Das Koalitionsrecht ist eins der wichtigsten Kampfmittel der Arbeiter unter der heute herrschenden Produktionsweise. Der Arbeiter sei gegungen, sich dieses Kampfmittels immer mehr zu bedienen, da mit der Entwicklung der privatkapitalistischen Produktionsweise die Arbeit eine Waare geworden sei, welche so billig als möglich einzukaufen die Unternehmer sich bemühen. Demzufolge habe das Kapital ein erklärliches Interesse daran, daß die Waare Arbeitskraft im Besitze möglichst willenloser Menschen sich befinde. Wenn dem Kapitale dies sein Vorhaben gelänge, dann würden die Arbeiter als Verkäufer der Waare Arbeitskraft in eine wenig zu beneidende Lage geraten. Die Lage der Arbeiterklasse sei bereits eine wenig erträgliche. Die Einführung arbeitssparender Maschinen ist mit Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise den Arbeitern nicht nützlich, sondern schädlich geworden. Tausende und Abertausende von Arbeitern würden durch die Maschine verdrängt, der großen Reserve-Armee eingereiht und drücken nun die Arbeitslöhne durch Ueberangebot von Arbeitskraft herunter. Die Entwicklung der heutigen Produktionsweise bringe es mit sich, daß auf die nutzloslose Ausbeutung der Arbeitermassen gewissermaßen eine Prämie gesetzt sei und daß der Einzelne dem tollen Konkurrenzkampfe sich zu widersetzen machtlos sei, vielmehr mithun müsse, wolle er nicht geradum werden. Ganz besonders mache sich diese Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft auch in der Tabakbranche geltend. Die Fabrikanten seien mit der Fabrikation ihrer Waare dortin gefügigt, wo sie die billigsten Arbeitskräfte vorfinden, sogar auf die Dörfer, deren Insassen, die von den Erträgen der landwirtschaftlichen Betriebe nicht zu leben vermöchten, in der Fabrikation von Zigarren unterrichtet wurden und nun erst in Verbindung mit dem Erwerb aus dieser Tätigkeit nach den Berichten des badischen Fabrikinspektors ein „notwendiges“ Auskommen haben. Dieses System, das als das schmerzhafteste bezeichnet werden dürfe, das System der Hausindustrie, sei in der Zigarrenfabrikation ganz besonders ausgeübt und die Fabrikanten hätten es verstanden, dieses System trefflich zu benutzen. Durch die Hausindustrie wurden aber grauenhafte Zustände geschaffen. Die Arbeitszeit sei eine unbegrenzte, die Arbeitslöhne sanken immer tiefer, und um nur Brot zu schaffen, müßten alle Familienglieder, Frauen und Kinder, mitarbeiten. Man habe zwar Schutzbestimmungen für in Fabriken arbeitende Frauen und Kinder geschaffen. Die Hausindustrie sei jedoch unberücksichtigt geblieben. Auch in der Arbeiterkassen-Kommission des Reichstages sei gesagt worden: „An der Schwelle der Familie müsse Halt gemacht werden!“ Dies wäre richtig, wenn an der Schwelle der Familie auch die Ausbeutung Halt machte! So lange der hausindustriellen Ausbeutung nicht ebenfalls gesetzliche Schranken gezogen würden, würde die Hausindustrie von den Fabrikanten gepflegt werden, wo sich nur immer die Produktion durch Hausindustrie ermöglichen lasse. Den Arbeitern sei nun zwar zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen das Koalitionsrecht verliehen worden, doch werde dasselbe eingengt durch mancherlei neben herlaufende Bestimmungen, die noch aus früheren Zeiten in die heutige mit hinübergekommen. Hierher gehören auch die verschiedenen Vereinsgesetze. In hohem Maße beschränkte auch das Sozialistengesetz das Koalitionsrecht der Arbeiter, welchem bekanntlich viele Arbeiterorganisationen zum Opfer fielen. In dem Kampfe gegen die Arbeiter und deren Organisationen trat an Stelle der Behörden das Unternehmertum. So habe sich auch im vorigen Jahre in Hamburg ein Fabrikantenverein der Tabakindustrie gebildet mit durchaus arbeiterfeindlichen Satzungen, die gleichzeitig bestehende gesetzliche Bestimmungen entgegen sind. In ausführlicher Weise schilderte nunmehr der Vortragende den genugsam bekannten, von dem Fabrikantenverein herausgehobenen Konflikt und den Verlauf desselben, welcher bekanntlich mit der Ausprägung der Mitglieder des Unternehmerrates deutscher Tabakarbeiter endete. Da sich auch die Nichtmitglieder mit den ausgesperrten solidarisch erklärten bezug auf den Unternehmerratsverein als Mitglieder beizutreten, so sind von dem seitens 27 Firmen bewirkten Arbeitsauschuss gegen 2500 Arbeiter (davon viele verheiratet) betroffen worden. Die Solidarität der Hamburger Tabakarbeiter sei eine so unvergleichliche, daß die Fabrikanten am Orte keine Arbeiter erhalten, so hätten sie versucht, durch falsche Depeschen theils von außerhalb Arbeitskräfte nach Hamburg zu locken, theils die Unterstützung der ausgesperrten zu hinterziehen, doch sei ihnen diese Manipulation in keiner Weise gelungen. Seit dem 1. Mai schon tobe in Hamburg der Kampf der Unternehmerkoalitionen gegen die Arbeiterorganisationen. Die Arbeiter hätten erkannt, daß sie eine Macht seien und der Geist der Organisation und Solidarität unter den Arbeitern sei ein solcher, wie nie zuvor. Es sei ein Klassenkampf, der sich hier abspiele, ein Kampf von Kapital gegen Arbeit und maßgebend für ganz Deutschland. Würde es in Hamburg den Fabrikanten gelingen, die Arbeiterorganisationen zu zerschlagen, so würde bald aller Orten in gleicher Weise vorgegangen werden. Und dies zu verhindern müßte die gesamte Arbeiterklasse sich angelegen sein lassen. Gewaltige Opfer seien zwar schon gebracht worden, denn um die 2500 ausgesperrten nur noch zünftig zu unterstützen, seien gewaltige Summen erforderlich. Diese seien zwar bisher aufgebracht worden, doch werden immer größere erforderlich, denn solle der Kampf gegen das vereinigte Kapital mit Erfolg geführt werden, so sei es nötig, daß die Arbeiter sämtlicher Filialen mit in den Kampf hineingezogen werden. So nur können die Fabrikanten zum Nachgeben gezwungen werden und bereits sei in vielen Filialen die Arbeit eingestellt worden. Die Hamburger hätten jederzeit ihre Solidarität in reichster Weise bewiesen, deshalb appellieren nun die Hamburger Arbeiter an das Solidaritätsgefühl der Arbeiter Deutschlands in dem schweren und langen Kampfe, den sie für die Arbeiter Deutschlands auszufechten gezwungen seien, in dem Kampfe um das Koalitionsrecht. Alle, die sich bewusst sind, daß das Koalitionsrecht ein Mittel ist, dessen die Arbeiter bedürfen, um sich davon zu schützen, zum willenlosen Werkzeuge in den Händen der Unternehmer degradirt zu werden, um den drohenden Pauperismus von sich abzuwehren, müßten ein Interesse daran haben, das Koalitionsrecht, welches die Hamburger Kapitalisten durch das Mittel der Arbeitsperrre, die Frauen und Kinder mit zum Hunger verdammt, den Arbeitern entziehen

wollen, zu verteidigen und die wackeren Kämpfer für die Rechte der Arbeiter mit dem Aufgebote aller Kräfte zu unterstützen. Alle Arbeiter müßten sich bewußt werden, daß es sich in dem vorliegenden Falle nicht handelt um einen lokalen Kampf der Hamburger Zigarrenarbeiter gegen Fabrikanten, nicht der Hamburger Arbeiter gegen Hamburger Kapitalisten, sondern um einen allgemeinen prinzipiellen Interessenkampf zwischen Kapital und Arbeit. Wenn sich die Arbeiter Deutschlands solidarisch erklären mit den Hamburger Arbeitern, so würden diese solidarisch stehen, und die gesamte Arbeiterklasse würde Einheit haben an den Früchten dieses Sieges! (Stürmischer Beifall.)

In der Diskussion hob Genosse Glöckner hervor, daß nach dem Falle des Sozialistengesetzes die Gewerkschaftsbewegung eine eben solche Bedeutung erlangt habe, wie die politische Bewegung und daß die ganze Aufmerksamkeit und Tätigkeit der Organisation des ökonomischen Kampfes zuwenden sei. Daher sollen sich die Arbeiter mit aller Kraft gewerkschaftlich organisieren und die Klassen zu fallen trachten, um überall den Uebergriffen des Kapitals energisch entgegenzutreten zu können.

Genosse Körten machte den Vorschlag, die ausgesperrten müßten auf eigene Rechnung Zigarren anfertigen und in allen großen Städten Verkaufsstellen einrichten. Der Konsum würde dadurch verdoppelt werden, ohne daß die britischen Zigarrenarbeiter geschädigt würden. Dadurch könnten die ausgesperrten nachhaltiger unterstützt werden als lediglich durch Geldsammlungen, welche nicht immer allzu reichlich ausfallen.

Gegen diesen Vorschlag wandte sich Genosse Börner, indem er durch den Hinweis auf die erforderlichen riesigen Kapitalien die Unmöglichkeit der Ausführung dieses Vorschlages vor Augen führte. Im Uebrigen war er aber der Meinung, daß Berlin bisher zu wenig für die Hamburger gethan habe und empfahl er dringend, das Veräumte nachzuholen und reichlicher die von der Kommission der Tabakarbeiter vorausgabten Marken zu kaufen, welche nicht nur für die Tabakarbeiter, sondern für alle ausgesperrten Arbeiter bestimmt seien und deren Ertrag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zur Verfügung gestellt würde. Der gleichen Ansicht war Genosse Gerike, während Genosse Koopmann den Vorschlag Körten befürwortete.

In seinem Schlussworte war auch Genosse Meffendörfer der Meinung, daß Berlin bisher zu wenig geleistet habe und befreit sein müßte, das Veräumte nachzuholen. Grundsätzlich sei die bisherige verhältnismäßig geringe Leistung ja allerdings durch die auch hierorts grassierende Arbeitslosigkeit. Doch sei zu bedenken, daß die Fabrikanten im Harz, in Rheingau, in Westfalen u. arbeiten lassen, daß ihnen alle diese Hilfsquellen verstopft werden müßten und daß dazu viel Geld erforderlich sei. In nächster Zeit würde vielleicht eine Genossenschaft gebildet werden, um den Arbeitern mit den stärksten Familien Gelegenheit zur Arbeit zu verschaffen und sie der Arbeiterschaft zu erhalten. Der Kampf werde noch lange dauern und ein Streikbrecher sei nicht so sehr zu verdammten, wenn er der Noth erliege, als Noth zum Verräther an der Arbeiterfrage werde. Um dies zu verhüten, müsse die gesamte Arbeiterklasse als eine Phalanx dem Kapitale gegenüber treten.

Darauf gelangte folgende vom Genossen Otto beantragte Resolution einstimmig zur Annahme:

1. Die heute im böhmischen Brauhause versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen aller Branchen erklären sich, nachdem sie Kenntnis genommen von der Vergewaltigung der Hamburger Ausgesperrten seitens der Unternehmerverbände, mit den ausgesperrten solidarisch und verpflichten sich, unter ihren Fach- und Arbeitsgenossen für eine reichlichere Unterstützung als bisher einzutreten.

2. Da die Kommission für öffentliche Angelegenheiten der Tabakarbeiter Berlins (Sammelbunde) für die ausgesperrten Arbeiter Deutschlands ausgiebig, so empfiehlt die heutige Volksversammlung den Gewerkschaften Berlins, solche von genannter Kommission in Betrieb zu nehmen und fordert dieselbe auf, in den verschiedenen Stadtbezirken Zahlstellen zu errichten und die Adressen im „Vorwärts“ bekannt zu machen.

3. Die Volksversammlung ersucht den Vorstand der sozialdemokratischen Partei, in der Expedition des „Vorwärts“ eine Zahlstelle einzurichten.

Der Ueberseh der Zellerfassung wurde der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands überwiesen. Nachdem noch die Landtagation befürwortet und zur Verbreitung des sozialdemokratischen volkschen Parteiblattes, sowie zur Förderung der polnisch-sozialistischen Agitation aufgefordert worden war, schloß der Vorsitzende die imposante Volksversammlung mit einem dreifachen Hoch auf die internationale völkervereinende Sozialdemokratie, das ein tausendstimmiges Echo fand. Unter dem Gesänge eines Arbeiterliedes entströmten die Massen dem Versammlungsorte.

Haber.

Die Puzer Berlins und Umgegend hielten am 22. d. M. unter Vorsitz des Kollegen Dietrich im Saale der Victoria-Brauerei eine öffentliche Versammlung ab. Kollege Franz Schulz referierte über den ersten Punkt der Tagesordnung: „Stellungnahme zu dem geplanten deutschen Maurerverband“. Derselbe schiedte voraus, daß er vor nicht langer Zeit noch auf dem Boden der Lokalorganisation gestanden habe, daß er aber nunmehr zu der Ueberzeugung gelangt sei, daß die Zentralisation für die Arbeiter die zweckmäßigere sei. Referent legte in längeren Ausführungen die für die Zentralorganisation sprechenden Gründe klar und stellte es der Versammlung anheim, sich darüber schlüssig zu machen, ob die Puzer in Zukunft für Berlin ihre so lange bestehende Lokalorganisation aufrecht erhalten oder aber sich dem geplanten deutschen Maurerverbande anschließen wollen. In der Diskussion sprach sich Kollege Dietrich in erster Linie für Zentralisation aus. Derselbe hob hervor, daß bereits 250 deutsche Städte mit 33 447 organisierten Kollegen an der Maurerbewegung theilnehmen. Dies sei eine nicht zu unterschätzende Zahl, welche von vornherein ein Gebieten des geplanten Verbandes garantire. Würde Berlin sich isoliren, sich von der Gesamtheit der deutschen Maurerschaft loslösen, so würde die Folge davon sein, daß im Falle eines Lohnkampfes die deutsche Maurerschaft sich nicht veranlaßt sehen würde, Berlin zu unterstützen, der Zugang würde von Berlin nicht fern gehalten werden und die Berliner Maurer würden auf die Straße schießen. Die Geschäftsleitung der Maurer Deutschlands habe einen Entschluß zu einem deutschen Maurerkongresse vorgelegt werden würde. Dieser Entschluß sei als eine Vorlage zu betrachten, und es komme zunächst darauf an, sich darüber schlüssig zu machen, ob die Grundzüge des Entwurfes anerkennen seien. Die Kollegen Maciejewski und Sibera Schmidt (Maurer), Kröbel, Orland (Zimmerer) und Gräbke traten entschieden für die Zentralorganisation ein, während Marras als alleiniger Redner unter den bestehenden Verhältnissen Lokalorganisation befürwortete. Nach Schluß der Diskussion gelangte folgende vom Kollegen Gräbke beantragte Resolution zur einstimmigen Annahme:

Die heutige öffentliche Versammlung der Puzer Berlins und Umgegend erklärt, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln

dahin zu wirken, daß, da für die Maurer Deutschlands die Zentralorganisation die allein maßgebende sein kann, und weil gerade Berlin als Zentralpunkt am meisten unter dem Zugange aus der Provinz zu leiden hat, die Puzer Berlins sich der zu schaffenden Zentralorganisation der Maurer Deutschlands anschließen, sofern der achte deutsche Maurerkongress eine solche beschließt.

Zur Verählung der Vorlage der Geschäftsleitung der Maurer Deutschlands in Hamburg, die zu schaffende Zentralorganisation betreffend, wird eine besondere Versammlung einberufen werden, doch brachte Kollege Schulz zur vorläufigen Orientierung die Vorlage durch Verlesen zur Kenntniß der Versammlung. Der zweite Punkt der Tagesordnung lautete: „Die Folgen des harten Winters und wie sind wir in der Lage, dieselben zu mildern?“ Ueber diesen Punkt sprach zunächst Kollege Dietrich, welcher ganz energisch dem Unterziehen der Kollegen, um nur Arbeit zu erhalten, entgegentrat und die Hochhaltung des beschlossenen Tagesbedienstes von 7 M. forderte. Die eingerissenen Uebelstände fanden in einer längeren Debatte eine eingehende Behandlung. Laut Beschluß der Versammlung soll innerhalb acht Tagen eine neue öffentliche Versammlung einberufen werden, in welcher neben dem Entwurf eines Verbandsstatuts die Resolution vernaun von der Gewerkschaftskonferenz zur Diskussion gestellt werden soll, obgleich letztere bereits für erledigt erachtet wurde. Säulenanschlag erledigt nicht, nur Inserate im „Vorwärts“. Mit dem Wunsche, daß der zu gründende Verband deutscher Maurer blühen und gedeihen möge, schloß Kollege Dietrich zu vorgezückter Stunde die Versammlung.

Eine öffentliche Versammlung sämtlicher Maschinisten und Heizer, sowie aller zur Wartung von Triebwerk (Motoren) angelegten Personen Berlins und Umgegend fand Sonntag Vormittag unter dem Vorsitz des Herrn Kirchner statt und beschäftigte sich mit der Frage: „Ist die Prüfung von Maschinisten und Heizern anzustreben analog den Bestimmungen der Heizer und Maschinisten auf See- und Flussdampfern, Lokomotivfahrern u. s. w.“ worüber Genosse A. Gerich referierte. Derselbe führte aus:

Die Frage, welche heute auf der Tagesordnung steht, muß von zwei Gesichtspunkten aus erörtert werden, erstens von dem Gesichtspunkt der Allgemeinheit, wie weit diese dabei interessiert ist und zweitens von dem Gesichtspunkt des eigenen Berufsinteresses aus. Es ist ja seit einigen Jahrzehnten mit dem Prinzip des absoluten Gehaltens, welches hauptsächlich von den manchesterlichen Parteien vertreten wurde, fast auf allen Gebieten getrieben worden. Ich führe dies nur an, um von vornweg den Einwänden die Spitze abzubringen, die Arbeiter hätten sich damit auf eine schiefe Ebene begeben, ebenso wie das Kleinhandwerk, welches gleichfalls einen Gehaltensnachweis verlange. Hier liegt es ganz anders: wo es in die Hand eines Menschen gelegt ist, ob das Leben vieler Menschen, welche in einer gewissen Entfernung beschäftigt sind, gefährdet oder geschädigt ist, da muß wohl oberhalb von ganz allgemeinen Gesichtspunkten aus ein Schutz vorhanden sein. Für die Seeschifffahrt ist man zu der Erkenntniß schon gelangt, daß Schutzmaßnahmen getroffen werden müssen, und man hat deshalb eine Prüfung eingeführt, jedoch für die Binnen-Schifffahrt und die Maschinenbetriebe auf dem Lande liegt es in dem Ermessen der Landesregierungen, wie weit diese die verschiedensten Maßnahmen.

Die Stettiner Kollegen hatten schon einmal eine Petition dem Reichstag in dieser Angelegenheit übersandt und in derselben auch eine Menge von Fällen angeführt, wo nur groben Vernachlässigungen die Unfälle zuzuschreiben waren. Die Petition hat einer Reichstags-Kommission zur Verählung vorgelegen, es war darüber eine lange Debatte, von den Regierungsvorstellern wurden die Wünsche wohl anerkannt — aber man hat sich trotzdem nicht veranlaßt gesehen, Änderungen einzutreten zu lassen. Wollte man nun wieder eine Petition an den Reichstag entsenden, so könnte man es schließlich thun, es würde nichts schaden, wenn die Sache wieder einmal zur Sprache thun könne, doch müßte dann ein umfangreiches Beweismaterial beigebracht werden, um allen Einwendungen vorzubeugen.

Das waren die Gesichtspunkte, welche von allgemeinem Interesse maßgebend sind. Nun kommt weiter die Frage, wie weit davon eine Verrückung in dem Beruf selbst zu erwarten ist; und hier muß vor großen Illusionen gewarnt werden. Redner legt dann ausführlich dar, daß keineswegs durch eine Prüfung die Reserve-Armee verringert werden würde, wobei er auf die Manipulationen der früheren Privat-Eisenbahngesellschaften hinwies, welche zwar, um die Verantwortlichkeit von sich abzuwälzen, geprüfte, vereidigte Beamte hatten, andererseits aber eine entsprechende Befolgung dadurch zu verhindern wußten, daß sie eine große Reserve-Armee sich schafften. Diese Maßnahmen würde auch das Kapital überhaupt zur Erziehung des Arbeitskräfte bei Einführung der Prüfungen vornehmen. Also eine besondere Verrückung der Lage der Maschinisten würde damit nicht erlangt werden. Redner fährt weiter aus, daß wie auf den anderen Gebieten, so auch hier die wirtschaftliche Entwicklung dahin treibe, den qualifizierten Arbeiter durch den ungelerten zu ersetzen.

Wir sehen also, daß sowohl aus allgemeinem Interesse als auch im Interesse des Berufes Schutzmaßnahmen wohl geboten wären, daß man sich aber als denkender Arbeiter keinerlei Illusionen hingeben dürfe, sie müßten sich vielmehr der allgemeinen Arbeiterbewegung anschließen. Sie müßten dafür eintreten, daß die Arbeit als solche zu der Anerkennung gelangt, welche ihr gebührt. Und wenn sie in diesem Sinne sich der allgemeinen Arbeiterbewegung anschließen, so fördern sie damit nur ihr eigenes Interesse, da die Interessen aller Arbeiter solidarisch sind. (Beifälliger Beifall.)

An der Diskussion beteiligten sich Kirchner, Kessler, Tren, Freund, Trittelwitz, Preuß, Zimmer, Kersten. Von diesen Rednern rath Regierungsvorsteher Kessler ganz entschieden von der Agitation zur Einführung einer Prüfung ab, da nach den Ausführungen des Referenten dieselbe keinen Vortheil für die Arbeiter bringen würde. Auch der Allgemeinheit würde wenig durch eine Prüfung genützt, da eine solche nicht die Garantie biete, daß der betreffende Arbeiter auch ein brauchbarer Mensch sei. Würde man Material, daß viele Unfälle durch ungeprüfte Arbeiter herbeigeführt seien, so könnte man mit Leichtigkeit auch Material dagegen bringen, wo die Unfälle unter geprüften Arbeitern geschehen seien. Den Nutzen würde nur allein das Kapital ziehen. Deshalb rath er, den Plan einer Petition als für die heutige Zeit ungeeignet fallen zu lassen. (Beifall.) Von einem anderen Redner wurde aufgefordert, einen neuen Fachverein zu gründen, da der bestehende bisher nichts genützt habe und auch wohl nichts nützen werde, da in demselben Kapitalisten Ehrenmitglieder wären. Dieser Ansicht wurde aber von anderer Seite widersprochen, man sollte keinen neuen Verein gründen, sondern durch Massenbeitritt den bestehenden neues Leben zu führen.

In seinem Schlussworte meint der Referent, er habe ebenfalls die Frage der Abendung einer Petition offen gelassen. Wenn Kessler gesagt habe, man hätte in anderen Ländern keine Prüfung, so verweise er auf die Seeschifffahrt, bei welcher selbst in

Amerika zum Schutze der Passagiere Prüfungen der Maschinenisten verlangt werden. Er gebe auch zu, daß ein ungeprüfter Arbeiter ebenso Gutes leisten könne, wie ein geprüfter; trotzdem müsse man darauf dringen, daß mit dieser Arbeit nur Fachleute beschäftigt würden. Redner empfiehlt Einsetzung von Inspektoren auch für die Binnenschifffahrt, doch müßten die Inspektoren, um des unbedingt notwendigen Vertrauens der Arbeiter gewiß zu sein, von diesen selbst gewählt werden. Hinsichtlich ihres Vereins empfehle er ihnen, dahin zu streben, daß sie denselben auf die Höhe der Zeit bringen. Er lasse es für eine spätere Zeit dahingestellt, ob es nicht ihren Zwecken entsprechend wäre, wenn sie sich dem Metallarbeiter-Verein anschließen würden. (Beifall.)

Von einer Beschlußfassung über die Absendung einer Petition wurde vor der Hand Abstand genommen, es sollen fernerhin öfters Versammlungen abgehalten werden.

Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, welche sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärt, ferner wurde folgende Resolution angenommen:

Die Anwesenden beschließen, sich Mann für Mann dem Verein der Maschinenisten und Feiler anzuschließen, um dadurch denselben zu einer wirklichen Arbeiterorganisation zu machen. Weiter verpflichten sich die Anwesenden, sich der Berliner Arbeiterbewegung anzuschließen.

Unter „Verschiedenem“ wurde aufgefordert, Schundblätter, wie „Lokal-Anzeiger“, „Deutsches Blatt“ fernerhin nicht mehr zu lesen, sondern ein Blatt, das den Arbeiter aufzuklären im Stande ist, das „Berliner Volksblatt“.

I. Wahlkreis.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am 20. Februar eine Versammlung ab, in welcher der Genosse Platon einen Vortrag über: „Der 20. Februar 1890, Rückblick“ hielt. Im Anschluß an die Wahlerfolge der Sozialdemokratie von 1890 gab Redner die Geschichte der Partei in großen Zügen wieder und forderte zum Schluß die Versammlung dazu auf, recht rege für die Verwirklichung der Ideen des Sozialismus einzutreten, damit die Sozialdemokratie bei der nächsten Wahl neue und noch größere Siege verzeichnen könne. — Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. An der Diskussion beteiligten sich die Herren Radwiz, Mehner, Adrenberg, Wach, Goldberg und Kasper. Nach dem Schlusswort des Referenten wurde, da weiter nichts vorlag, die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Berliner Knopfabriker hielt seine Mitgliederversammlung am 19. Februar ab. Zunächst sprach W. H. Werner über das Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetz. Zu einer Diskussion wurde nicht eingetreten. Nachdem der Referent noch mehrere Fragen beantwortet hatte, verlas der Kassierer die Abrechnung vom Stiftungsfest. Darnach betrug die Einnahme 84 M., die Ausgabe 99,20 M., bleibt ein Defizit von 15,20 M. Hieraus verlas der Vorsitzende die Paragraphen, welche in unserem Statut aufgenommen respektive geändert werden sollen, doch wurde dieser Punkt bis zur Generalversammlung vertagt. Unter Verschiedenem brachte der Vorsitzende die Gründung einer Streikkasse in Vorschlag, worüber sich eine längere Debatte entspann, jedoch wurde diese Sache der nächsten öffentlichen Versammlung überlassen. Hierauf stellte Kollege Spies den Antrag: Der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands 30 M. aus der Kasse als 2. Rate zu bewilligen. Der Antrag wurde angenommen. Der Vorsitzende machte den Vorschlag, ein Vergütungskomitee von drei Mann zu wählen. Es wurden die Kollegen Friedemann, Gubdat und Forelle gewählt. Dem Kollegen Jöhle wurden in der letzten Versammlung, weil er in der Knopfabrik von Rühl gemahndet worden ist, pro Woche 7 M. 50 Pf. Unterstützung auf 6 Wochen bewilligt; hierzu stellte Kollege Müller den Antrag: Sollte Kollege Jöhle nach 6 Wochen noch keine Arbeit erhalten haben, ihm noch auf 14 Tage die Unterstützung in gleicher Höhe weiter zu bewilligen. Der Antrag wurde angenommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der deutschen Drechler und verw. Berufsgenossen, G. H. 86 Hamburg. Am Montag, den 16. Februar, fand bei Beyer, Neue Grünstraße, eine kombinierte Versammlung sämtlicher Berliner Ortsverwaltungsvorstände statt. Aus den Verhandlungen ist besonders hervorzuheben und für weitere Kreise von Interesse das die Kassenverhältnisse Betreffende. Es betrug in den vier Berliner Ortsverwaltungen die

| | |
|--------------------|--------------|
| Einnahme | 20 923,90 M. |
| Ausgabe | 19 959,15 " |

Folglich Bestand 964,75 M.

Von den Ausgaben sind 3000 M. an die Hauptkasse nach Hamburg gefandt.

Die Mitgliederzahl ist im Laufe des Jahres um circa 60 gestiegen und beträgt jetzt 863. Der Standpunkt der Gesamtkasse ist analog den Berliner Verhältnissen. Die Kasse nimmt Mitglieder bis zum Alter von 45 Jahren auf, und leistet in der 1. Stufe für 55 Pf. pro Woche 17,00 M., in der 2. Stufe für 45 Pf. pro Woche 13,95 M., in der 3. (Beihilfs-)Stufe für 25 Pf. pro Woche 7,75 M.

Zahlstellen befinden sich:
Bezirk A: Kängestr. 86 bei Giersch;
" B: Reichenbergerstr. 16 bei Pählold;
" C: Jossenerstr. 85 bei Falte;
" D: Elbasser- und Kleine Hamburgerstrassen-Ecke bei Wittchow;
" Niddorf: Bei W. Fleming, Verl. Nr. 81, III.

Der Verein der Klempner Berlins und Umgegend hielt am Sonntag, den 15. Februar, in Niddorf eine Versammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Vortrag: „Das Recht auf eine kulturwürdige Menscheneigenschaft“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Nachdem das Protokoll der letzten Versammlung für richtig anerkannt war, hielt der Referent einen von der Versammlung beifällig aufgenommenen Vortrag. Der zweite Punkt der Tagesordnung zog sich ziemlich in die Länge; es beteiligten sich daran die Kollegen Delcourt, Schmidt, Steimar, Kameny, Borchwardt und Selchow.

Folgende Resolution wurde von der Versammlung angenommen: „Die heute in Bartsch Salon tagende Versammlung des Vereins der Klempner Berlins und Umgegend erkennt, daß unter dem heutigen Staate auf eine menschenwürdige Existenz nicht zu rechnen ist, sondern sie erwartet ihr Heil von einer sozialistischen Staatsverfassung. Beim dritten Punkt der Tagesordnung wurden von der Versammlung 150 M. zum Agitationsfonds nach Hamburg bewilligt. Der Vorsitzende theilte mit, daß in der Derbezige Badekanten zum Preise von 30 Pf. für die Mitglieder zu haben sind; den zugereichten Kollegen wird außer der Unterstützung eine Karte gratis verabfolgt.

Ferner theilte derselbe mit, daß am ersten Osterfeiertage im Ostendtheater eine Matinee stattfindet und ersuchte die Mitglieder zur regen Beteiligung.

Nachdem die Kollegen aufgefordert waren, recht zahlreich auf die grünen Unterstützungskarten zu zeichnen, weil keine Listen mehr ausgegeben werden, wurde die Versammlung geschlossen.

Eine öffentliche Mechaniker-Versammlung tagte am Dienstag, den 17. d. M., unter dem Vorsitz des Kollegen Thoma. Herr Wiedemann referierte über die wirtschaftliche Krise und die Arbeiter und löste seine Aufgabe in eingehender Weise. Sodann erstattete Kollege Trittelwirth Bericht über die Verhandlungen des Metallarbeitertages der Provinzen Brandenburg und Pommern. Er empfahl zur Annahme sowohl die Resolution des Kongresses, als auch die der allgemeinen Metallarbeiter-Versammlung vom Tag vorher. Kollege Thoma erörterte in einigen Worten die Gründe, welche den Kongress dazu veranlaßten, einmütig die lokale Zentralisation sämtlicher Metallarbeiter Berlins zu empfehlen. In der Diskussion sprachen die Kollegen Weinert, Schönmann und Borreiter sich lebhaft für die Reorganisation der Organisation aus. Auch die Kollegen Binn und Schlenker erklärten sich im Prinzip damit einverstanden, hatten aber das Bedenken, ob es nicht einestheils noch zu früh für die Mechaniker zu einem solchen Schritt sei, da viele Berufsgenossen sich dem Verbands bisher immer noch fern gehalten haben, andererseits sei zu erwägen, daß durch eine Auflösung der Zählstelle Berlin des Verbandes der Mechaniker derselbe für die kleineren Städte eine Hauptstütze verlieren und so seine Existenz leicht gefährdet sein dürfte. Dieser Auffassung wurde jedoch von allen Seiten lebhaft widersprochen und so wurde zum Schluß folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung macht die von dem Kongress der Metallarbeiter der Provinzen Brandenburg und Pommern, sowie die von der geistigen allgemeinen öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung aufgestellten Resolutionen zu den übrigen. Sie erkennt an, daß die bestehenden Branchenorganisationen den gegenwärtigen Verhältnissen Berlins nicht mehr gewachsen sind und daß eine Organisation sämtlicher Metallarbeiter Berlins die einzige ist, welche die Interessen sämtlicher Metallarbeiter nach jeder Richtung zu wahren im Stande ist.“ Bei Verschiedenem besprach Kollege Näther (Uhrmacher) die Lage der Gehilfen im Uhrmachergewerbe und bedauerte sehr, daß ihre Vereinigung noch nicht auf dem Standpunkt der modernen Arbeiterbewegung angelangt sei. Er wünscht, die Uhrmachergehilfen wären schon so weit, auch der neu begründeten Metallarbeiter-Vereinigung beitreten zu können, vor der Hand hält er es noch für rathamer, sie erst für sich zu organisieren, um so zunächst den Kampfsgeist möglichst zu beseitigen. Nach einigen ermahnenden Worten des Vorsitzenden, die bestehende Organisation so lange an recht zu erhalten bis die neu zu gründende ins Leben getreten ist, um wenn möglich geschlossen überzutreten zu können, schließt die Versammlung mit einem Hoch auf die neue Organisation der Metallarbeiter.

Der Fachverein sämtlicher in den Glace- und Kartonnier-Fabriken Berlins und Umgegend beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielt am Mittwoch, den 15. Februar, eine Generalversammlung ab. Herr R. Kunkel hielt einen Vortrag über: „Ein Rückblick nach Vellamy“, welcher von den Anwesenden mit Beifall aufgenommen wurde. Bei Punkt 2 der Tagesordnung: „Ist der Beschluß, welcher in der ersten Generalversammlung gefaßt wurde, nach welchem niemand mit Arbeitern von der Firma Friedheim u. Sohn zusammen arbeiten sollte, aufrecht zu erhalten?“ entspann sich eine lebhafteste Debatte, in welcher einige Redner für, andere dagegen sprachen. Man gelangte jedoch schließlich zu der Ueberzeugung, daß es bei den heutigen Produktionsverhältnissen nicht möglich sei, den Beschluß aufrecht zu erhalten. Hieraus wurde zum dritten Punkt der Tagesordnung: „Vorsprechung über § 1 des Vereinsstatuts“, übergegangen. Der Vorsitzende machte bekannt, daß es sich nicht um eine Abänderung des Statuts handelt, es sei dies nur eine Besprechung zu dem Abjag des § 1 „Regelung der Beibringungsfrage“. Der Grund hierzu lag darin, daß in einer Firma Arbeiter angelernt werden; die Mitglieder haben deshalb zu entscheiden, ob dieses absolut nötig ist. Diese Sache gab Anlaß zu einer sehr erregten Debatte, da einige Mitglieder nicht für das Anlernen eingekommen waren, andere wieder dafür eintraten. Man gelangte jedoch zu der Ansicht, daß es augenblicklich notwendig sei, das Anlernen angeleitet werden; künftig müßte jedoch der Vorstand erst davon in Kenntnis gesetzt werden. Sodann wurde die Gründung eines Streik- und Unterstützungsfonds beschlossen. Es sollen zu diesem Zweck Sammelbons im Werthe von 5 und 10 Pf. gedruckt werden, diese sollen dann von der Kommission an die Vertrauensleute in den Fabriken verteilt werden, um auf diese Art eine freiwillige Extrabeit von den Mitgliedern zu erhalten.

Der Verband der Möbelpolsterer Berlins und Umgegend hielt am Montag, den 16. d. M., seine Monatsversammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt Kollege Reuter einen Vortrag über: Der Kampf mit geistigen Waffen, welcher mit reichem Beifall aufgenommen wurde. An der Diskussion beteiligte sich Kollege Franke. Hieraus folgte die Abrechnung vom Vergütungskomitee für 1890. Das Stiftungsfest hatte eine Einnahme von 228 M. 15 Pf., die Ausgabe betrug 198 M. 60 Pf., blieb ein Ueberschuß von 30 M. 55 Pf. Der Wasenball ergab einen Ueberschuß von 179 M. Die Einnahme bei dem Familienvergügen nach Lehnitz betrug 10 M. 25 Pf., die Ausgaben 70 M. 40 Pf., blieb ein Defizit von 60 M. 15 Pf. Da diese Abrechnung von den Revisoren geprüft und für richtig befunden, so wurde dem Vergütungskomitee Decharge erteilt. Da am 2. Osterfeiertag bei Joel eine Wohlthätigkeits-Matinee stattfindet, so werden die Mitglieder gebeten, die im Stande sind, Kräfte nachzuweisen, welche an dem Tage mitwirken wollen, dies zu melden; die Meldung kann bis zum dem Tag, wo die Programme in Druck gegeben werden, bei Gröber, Grüner Weg 65, erfolgen. Weiter wurde beschlossen, am 7. Juni eine Dampferpartie nach der Obersee zu machen. Hieraus wurde der Antrag einstimmig angenommen, den Darlehnsfonds aufzuheben und denselben dem Generalfonds zu überweisen, die ausgeliehenen Gelder müssen spätestens bis zum 1. April zurückgezahlt werden, widrigenfalls auf dem Wege der Klage gegen die Empfänger vorgegangen würde. Diejenigen Kollegen, welche ein Darlehn in Anspruch nehmen wollen, müssen sich an den Vorsitzenden des Verbandes resp. an die Kommissionsmitglieder oder an den Kassierer wenden. Ein Antrag, den monatlichen Beitrag von 25 auf 40 Pf. zu erhöhen, wurde der nächsten Generalversammlung überwiesen.

Die Schranken- und Sacondreher hielten am Sonntag den 15. Februar, eine Generalversammlung ab. Kollege Stober nach referierte über das Alters- und Invalidenversicherungs-Gesetz. In der Diskussion wurde die Frage gestellt: „Wie stellt sich bei einem Unfall in der Fabrik die Unfallversicherung zur Invalidenversicherung?“ Der Referent beantwortete die Frage dahin, daß wenn beide Renten in Kraft treten, die Gesamtsomme die Höhe von 415 nicht übersteigt. Hieraus wurde eine Resolution gegen das Invaliditätsgesetz angenommen. Unter Verschiedenem wurde folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung protestirt gegen den Verkauf von sinnigem Fleisch auf dem städtischen Viehbof, und verlangt, daß aus sanitären Rücksichten der Verkauf derselben verboten wird.“ In Betreff des am 14. März cr. stattfindenden Roskenballs wurde beschlossen, daß Mitglieder für ihre Damen kein Entree zu entrichten haben.

Der Verein der Arbeiterinnen an Buch- und Stein-druck-Schnellpressen hielt am 19. Februar seine Versammlung ab. Herr Laterow hielt einen Vortrag über den Werth der Koalition, der lebhaften Beifall fand. Unter Verschiedenem wurde ein Fall in der R. schen Buchdruckerei streng gerügt insofern als dort die Gehilfen mit ihrer Würde nicht verhielten, den beiden Arbeiterinnen die nötige Achtung entgegen zu bringen, so daß dieselben gezwungen waren, Beschwerde beim Prinzipal zu erheben. Dara ihm stellten die Gehilfen die Bedingung, die beiden Punktrechnerinnen entlassen werden oder sie würden die Arbeit niederlegen müssen. Der Prinzipal entschied sich für das Letztere, und es legten sechs Buchdrucker die Arbeit nieder. Herr Schweiger ermahnt die Kolleginnen zu festem Zusammenhalten, denn nur so ist es möglich, solchen Nothheiten entgegen zu treten. Es wurde dann auf das Stiftungsfest der Stereotypen, ebenso auf das am 25. April stattfindende 1. Stiftungsfest des Vereins

der Arbeiterinnen an Buch- und Stein-druck-Schnellpressen hingewiesen.

Der Fachverein der Berliner Stuckateure und Berufsgenossen hielt am 16. Februar seine übliche Mitgliederversammlung ab, in welcher Herr Krause einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Chemie“ gehalten hat. In der Diskussion wurde der Vorstand angewiesen, uns öfter mit wissenschaftlichen Vorträgen aufzuwarten, die unbedingt zur Aufklärung der Kollegen beitragen.

Ferner wurde der Vorstand beauftragt, gelegentlich Billets zur „Urania“ zu beschaffen. In Vereinsangelegenheiten legte Kollege Kruse sein Amt als Arbeitsnachweis-Kommissionsmitglied nieder und es wurde an dessen Stelle Kollege F. Grünberg gewählt.

Die Anschuldigung in der letzten Versammlung gegen die beiden Vorsitzenden, daß dieselben bei Licht gearbeitet haben sollen, nahm Kollege Rich. Dastle zurück, und gab an, sich geirrt zu haben. Die Abrechnung vom Roskenball ergab einen Ueberschuß von 12,20 M., welcher bereits an den Kassierer abgeliefert ist. Befuß Stellungnahme zum 1. Mai wurde beschlossen. Zum 1. Sonntag im Mai eine Versammlung mit Anschließ eines geselligen Beisammenseins zu arrangieren; und ist das Vergütungskomitee damit beauftragt, die nötigen Schritte zu thun, ein positives Lokal für obigen Tag zu gewinnen. Auch soll der Arbeitslosen an diesem Tage gedacht werden, indem möglichst ein Fonds aufgebracht werden soll, um die Unbemittelten an der würdigen Feier theilnehmen zu lassen. Ein weiterer Antrag lautet: „Die Versammlung wolle beschließen, die Vervollständigung der Bibliothek dem Vorstande und Bibliothekar zu überlassen.“ Derselbe wurde angenommen. Nachdem noch Kollege Braum auf die Statistik hingewiesen und aufgefordert hatte, Unfälle, welche durch die gesundheitsgefährlichen Kalklöcher herbeigeführt werden, rechtzeitig den Vertrauensleuten zu melden, wurde die Versammlung geschlossen.

Eine öffentliche Tabakarbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung fand am 17. d. M. in Niddorf mit folgender Tagesordnung statt: 1. Wie ist die heutige Schmutzkultur zu beseitigen? — 2. Wie stellen sich die hiesigen Tabakarbeiter zur Wahl einer öffentlichen Kommission bezw. eines Vertrauensmannes? — 3. Verschiedenes. — Beim ersten Punkt der Tagesordnung wurde bekannt gegeben, daß hier einige am Platz anständige Fabrikanten und Händler ihren Bedarf von dort beziehen, wo die sogenannten Hungerlöhne gezahlt werden. Die Fabrikanten und Händler Niddorfs waren eingeladen und der größte Theil auch anwesend. Nur die Fabrikanten erklärten sich mit unserem Vorgehen solidarisch und es wurde beschlossen, in der Sache weitere Schritte zu thun. Beim zweiten Punkt wurde eine öffentliche Kommission, bestehend aus den Kollegen Dichte, Frese und Hermeling gewählt. Es wurde von der Wahl eines besonderen Vertrauensmannes Abstand genommen und die Arbeiten desselben der Kommission übergeben. Unter Verschiedenem wurde aufgefordert, thätigster wie bisher für die ausgesperrten Hamburger Kollegen einzutreten.

Eine Versammlung des Fachvereins der Wäcker und Arbeiterinnen fand am 16. d. M. statt, in welcher Herr Dr. Pütgenau über das Alters- und Invalidengesetz referierte. In der Diskussion sprachen die Kollegen Neuhans, Bengels und Fräulein Schmidt im Sinne des Referenten. Es wurden noch verschiedene Fragen an den Referenten gerichtet, welche derselbe zur Zufriedenheit der Anwesenden beantwortete. Zum dritten Punkt der Tagesordnung: Vorbereitung zur Statistik in unserer Branche, verlas Kollege Rothe einen Entwurf der Fragebogen, welcher auch mit einigen Änderungen angenommen wurde. Es sollen nun in nächster Zeit Fragebogen in den Werkstätten zirkulieren, welche von den Kollegen und Kolleginnen gewissenhaft ausgefüllt werden sollen, um durch eine Statistik hares Licht in unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse bringen zu lassen. Im „Verschiedenem“ wurde, da ein Mitglied des Arbeitsnachweises ausgehieben war, die Kollegin Frauclia E. Winkler in denselben gewählt.

Freie Vereinigung der Zimmerleute. In der Versammlung vom 16. Februar hielt Herr Pöns einen sehr lehrreichen Vortrag über: „Zeitlohn und Stücklohn“. Im Verschiedenem wurde bekannt gemacht, daß Kamerad Wils. Schulz an der Proletariatskrankheit verstorben sei. Nach Erledigung verschiedener Fragen schloß der Vorsitzende die Versammlung mit der Bekanntmachung, daß die nächste Versammlung am 2. März stattfindet.

Niddorf. Eine öffentliche Versammlung für die Mitglieder eingeschriebener Hilfskassen tagte am 18. Februar. Zweck derselben war, Vorbereitung zu treffen, um bei den Ärzten, Apothekern, Bandagisten, Badeanhaltern eine Preisermäßigung zu erzielen. Das Referat hatte Herr Schindler übernommen, welcher die Licht- und Schattenseiten der Hilfskassen gegenüber den Ortskassen auseinandersetzte. Nach einer Diskussion wurde zu der Wahl einer Kommission geschritten und dieselbe beauftragt, die Unterhandlung mit den Ärzten zc. zu besorgen.

Wieder eine aufgelöste Versammlung in Niddorf. Die Vereinigung der Drechler Deutschlands, Zählstelle Niddorf und Umgegend hielt am Sonntag, den 15. Februar, Vormittags 10 1/2 Uhr, ihre Mitgliederversammlung ab, mit der Tagesordnung: Vortrag über Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetz u. s. w. Als der Referent Hildebrandt aus Berlin in seinem Vortrage zum Schluß ausführte: Hätte der Reichstag den sozialdemokratischen Arbeiterentschließungsentwurf angenommen, dann hätte man von einer ernsthaften Sozialgesetzgebung sprechen können, die auch uns Arbeiter zufrieden stellte. Das wäre Sozialgesetzgebung in unserem Sinne — wollte der überwachende Beamte die Versammlung auflösen (wehalb? Red.), jedoch kam der Bevollmächtigte dem Beamten zuvor und schloß die Versammlung. Dennoch löste der Beamte die Versammlung noch nachträglich mit den Worten auf: „Wegen Entwürdigung des Staates!“ (???) Red.)

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Vermuthung des Sprechsaals, insofern Raum dafür abzugeben ist, dem Publikum zur Beurtheilung von Angelegenheiten öffentlichen Interesses zur Verfügung; sie verweigert sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identisch zu werden.

In dem Versammlungsbericht der Filiale V. Norden, der Maler, Lackierer, Anstreicher u. s. w. in der Nr. 44 des „Vorwärts“ befindet sich der Satz: — „Dann wurde der Fall Th. Schulze zur Sprache gebracht; die Mehrzahl der anwesenden Kollegen war der Meinung, daß Schulze in die Vereinigung nicht wieder aufgenommen werden darf.“

Dieser Satz ist falsch! Die Unterzeichneten erklären hiermit, daß entschieden von Seiten des Schriftführers nicht im Sinne der Versammlung gehandelt wurde, indem die Versammlung den folgenden Antrag einstimmig annahm: „Stelle den Antrag, über den Fall Th. Schulze zur Tagesordnung überzugehen und den Beschluß des Hauptvorstandes abzuwarten.“ O. Pasch, O. Blankenburg, A. Heyn. — Wir erklären ferner, daß, wenn auch in der Versammlung gegen die Aufnahme des Th. Schulze gesprochen wurde, es nicht in der Absicht geschah, den p. v. Schulze moralisch tod zu machen, (was aber durch eine derartige Schreibweise geschieht). Es ist von anderer Seite dasselbe und schlimmeres geschehen, und man ist über diese Fragen zur Tagesordnung übergegangen. Warum eine derartige Maßnahme gegen Th. Schulze? — P. Staarmann, H. Bäcker, F. Heidemann.